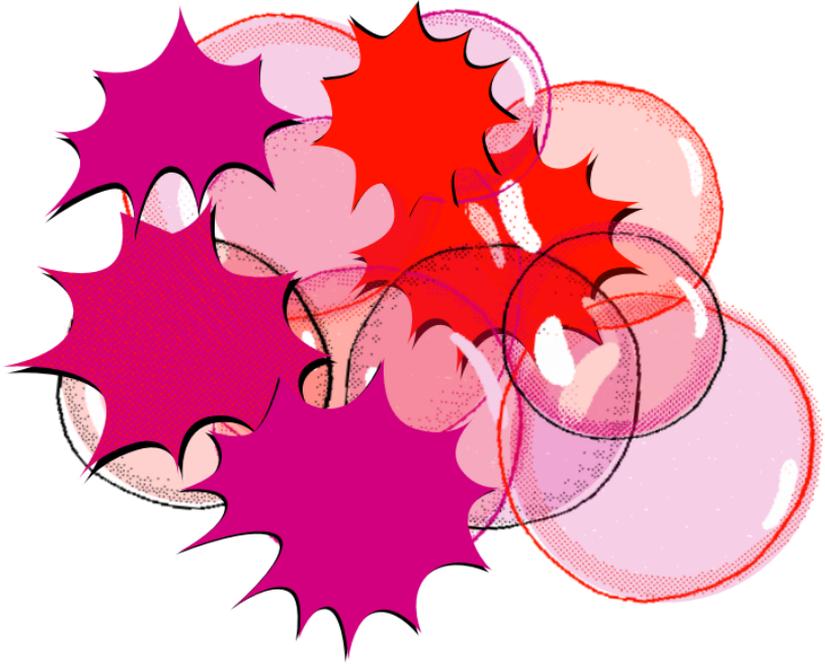


ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



SCHÖNE GRÜNE WELT

**Über die Mythen
der Green Economy**

4. AKTUALISIERTE AUFLAGE

luxemburg argumente

Sie stoppt den Klimawandel und das Artensterben und schafft nebenbei hohe Wachstumsraten und Millionen Arbeitsplätze: die Green Economy. Sie gilt als Wunderwaffe, die uns aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder herausholt und die ökologischen Probleme gleich mit löst. Was aber bedeutet Green Economy? Es geht darum, mit entsprechenden politischen Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass mehr Kapital fließt, um so die Wirtschaft zu «begrünen» und möglicherweise auch neue «grüne» Arbeitsplätze zu schaffen. Unternehmen sollen für Umweltschäden einen «angemessenen» Preis zahlen. Auch der Staat soll seine eigenen Einkäufe (die öffentliche Beschaffung) an ökologisch nachhaltigen Kriterien ausrichten sowie die Infrastrukturen umweltfreundlich gestalten.

Im Juni 1992 brachte die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro einen Begriff hervor, der jahrelang als Leitmotiv für die globale Politik galt: die «nachhaltige Entwicklung». Zwei Jahrzehnte später, auf der UN-Konferenz Rio+20, sollte die Green Economy die nachhaltige Entwicklung als neue Zauberformel ablösen.

Inzwischen wird also seit 25 Jahren von der «Begrünung» des Kapitalismus geschwärmt. Gleichzeitig ist offensichtlich: Irgendwie geht es mit der nachhaltigen Entwicklung nicht recht voran. Die CO₂-Emissionen steigen weiter, die biologische Vielfalt schrumpft dramatisch, die Böden werden übernutzt. Hunger, Armut und Ungleichheit nehmen in vielen Ländern zu. Die gefeierte «Versöhnung von Ökologie und Ökonomie» gestaltet sich zäh. In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise wird auf eher «traditionelle» Wachstumsstrategien zurückgegriffen, die oft wenig nachhaltig sind. Die Zauberkraft der Green Economy ist zweifelhaft.

Diese Broschüre soll zeigen: Green Economy ist ein umkämpfter Begriff. Er wird je nach Interessenlage mit unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Inhalten gefüllt. Auf den folgenden Seiten soll deutlich werden, wo die Vorschläge zu kurz greifen, die BefürworterInnen zu schnell den Kompromiss mit den herrschenden Kräften suchen sowie ökologisch und sozial gerechte Alternativen eher verdrängen als fördern. Doch was sind Alternativen, und wie sähe ein Gegenbild zur Green Economy aus? Auch darum soll es hier gehen. Denn fest steht: Wenn eine Green Economy nur den Kapitalismus «begrünen» oder gar ausweiten will, wird sie sehr schnell ihren Glanz verlieren. Anstelle eines neuen Wachstumsprogramms verfolgen wir das plurale Projekt einer sozialökologischen Transformation.

INHALT

«Green Economy ist nicht gleich Green Economy»	2
Dreizehn Mythen der Green Economy	4
1. «Die Green Economy belebt die nachhaltige Entwicklung»	4
2. «Die Krise ist eine Chance für eine Green Economy»	7
3. «Die Green Economy versöhnt Ökonomie und Ökologie»	10
4. «Die Green Economy schafft gute Arbeitsplätze»	15
5. «Eine «Effizienzrevolution» führt zu mehr Wachstum mit weniger Ressourcenverbrauch»	18
6. «Ein starker Staat ist gut für den Umweltschutz und die Nachhaltigkeit»	23
7. «Unternehmen sind die Motoren der Green Economy»	27
8. «Beschäftigte und Gewerkschaften bremsen den ökologischen Umbau»	31
9. «Grünes Geld fördert die grüne Wirtschaft»	34
10. «Deutschland kann seine Stellung als Weltmarktführer bei grünen Technologien ausbauen»	36
11. «Mit dem Einkaufskorb können wir Unternehmen zum Umweltschutz zwingen»	40
12. «Die Green Economy bietet dem Süden Entwicklungschancen»	42
13. «Die Green Economy bekämpft Armut»	45
Fazit: Angesichts der falschen Versprechen der Green Economy: Eine sozialökologische Transformation ist nötig (und möglich)!	48
Hinweise zum Weiterlesen	54

«GREEN ECONOMY IST NICHT GLEICH GREEN ECONOMY»

Die Diskussion über die Notwendigkeit einer ökologischen Modernisierung der Wirtschaft gibt es seit den 1990er Jahren. Doch erst mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 gewinnt der Begriff der Green Economy seine Prominenz. Viele Regierungen legten seinerzeit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise Konjunkturprogramme auf, die Maßnahmen zur Förderung eines «grünen Wachstums» enthielten. Ihr Umfang wird insgesamt auf 430 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Auf dem G-20-Treffen im Jahr 2009 in Pittsburgh formulierten die Staats- und Regierungschefs in der Abschlusserklärung ein Bekenntnis zu «grünem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum».¹

Die Green Economy, also eine «grüne» Wirtschaft, verspricht, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) startete 2008 die Green Economy Initiative und veröffentlichte 2011 einen Green Economy Report.² Darin wird Green Economy als eine Art des Wirtschaftens definiert, die das «menschliche Wohlergehen steigert und soziale Gleichheit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken verringert und die Knappheit ökologischer Ressourcen berücksichtigt werden».

Auch im Bericht des UNEP werden die bestehenden Krisen in den Bereichen Klima, Artenvielfalt, Energie, Ernährung und Wasser thematisiert. Allerdings sieht er die Ursachen für diese sozialökologischen Probleme vor allem in der «Fehlallokation von Kapital in den letzten beiden Jahrzehnten».³ Neben Geld und Sachanlagen werden auch Menschen und das Soziale als Kapital verstanden, das vergrößert werden soll. Selbst die Natur wird zu Kapital, das es zu erhalten, zu erweitern und gegebenenfalls wiederherzustellen gilt.⁴ Seither wurde der Begriff von vielen Seiten aufgegriffen, besonders prominent im Vorfeld

1 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hrsg.): GreenTech made in Germany 4.0. Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland, Berlin 2014. **2** United Nations Environment Programme (UNEP): Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Genf 2011, unter: www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/ger_final_dec_2011/Green%20EconomyReport_Final_Dec2011.pdf. **3** United Nations Environment Programme (UNEP): Using Models for Green Economy Policymaking, Genf 2014, S. 2. **4** International Institute for Sustainable Development & UNEP: Trade and Green Economy: A Handbook, Genf 2014. **5** Vgl. blog.postwachstum.de/woruber-reden-wir-denn-eigentlich-die-green-economy-im-vorfeld-von-rio20-20120129.

und während des Rio+20-Gipfels im Juni 2012. Es bleibt aber unklar, wie genau eine Green Economy aussehen soll.⁵

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – der Zusammenschluss der Industrieländer – spricht in diesem Zusammenhang von einem neuen Paradigma des «grünen Wachstums».⁶ Die Green Economy hat hier die Funktion eines Wachstumskatalysators, offensichtlich als kompromissfähige Basis für diejenigen Staaten, denen es in erster Linie um die Steigerung des Wirtschaftswachstums geht. In den internationalen Klimaverhandlungen der UNO ist von «sustainable economic growth», also nachhaltigem Wirtschaftswachstum, die Rede. Gerade damit soll es den Ländern des globalen Südens ermöglicht werden, die Probleme des Klimawandels zu bewältigen.⁷

Bündnis 90/Die Grünen (maßgeblich die Fraktion im Europäischen Parlament) fordern hingegen – in Anlehnung an Roosevelts historischen New Deal für die USA in den 1930er Jahren – einen «Green New Deal» für Europa, der für sie eine «umfassende Antwort auf die derzeitige wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise» darstellt.⁸

Eine jüngere Initiative aus dem Jahr 2014 unterstreicht die Wachstumsorientierung. «Better Growth, Better Climate» lautet die neue Zauberformel einer selbsternannten globalen Kommission zu Wirtschaft und Klima.⁹ Die Gefahr ist also groß, dass Strategien für eine Green Economy in der längst überholten Wachstumslogik verharren und die bestehenden sozialökologischen Probleme nicht lösen werden.

Deutlich wird an diesen Beispielen aber auch, dass mit dem Begriff der Green Economy durchaus Unterschiedliches gemeint ist.

6 OECD: Towards Green Growth, Paris 2011, unter: www.oecd.org/greengrowth/towards-green-growth-9789264111318-en.htm. **7** United Nations Framework Convention on Climate Change: Report of the Conference of the Parties on its eighteenth session, held in Doha from 26 November to 8 December 2012, Addendum, Part Two, Genf 2013, S. 10, unter: <http://unfccc.int/resource/docs/2012/cop18/eng/08a01.pdf>. **8** Vgl. www.gruene.de/themen/wirtschaft-arbeit/green-new-deal-konkret.html und www.gruene-europa.de/der-green-new-deal-7804.html. **9** The Global Commission on the Economy and Climate: Better Growth, Better Climate, Washington 2014; vgl. zur Kritik Spash, Clive: Better Growth, Helping the Paris COP-out? Fallacies and Omissions of the New Climate Economy Report, Institut für Regional- und Umweltwirtschaft, Wien 2014, unter: http://epub.wu.ac.at/4325/1/sre-disc-2014_04.pdf.

DREIZEHN MYTHEN DER GREEN ECONOMY

1

«DIE GREEN ECONOMY BELEBT DIE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG»

Es wird immer wieder behauptet, die Strategie nachhaltiger Entwicklung sei unwirksam, weil der politische Wille fehle und die umweltpolitischen Institutionen zu schwach blieben. Diesen Mangel soll die Green Economy beheben. Denn sie sei ein neues Wirtschaftsparadigma, das die Konzepte der nachhaltigen Entwicklung endlich konkret voranbringen könnte.¹⁰ Die politischen Rahmenbedingungen sollen von starken internationalen politischen Institutionen im Zusammenspiel mit nationalen Regierungen geschaffen werden. Davon sollen alle etwas haben: Die Unternehmen würden neue Märkte, die Beschäftigten attraktive und sinnvolle Arbeit und die Länder des Südens ihre Chance in den «grünen Sektoren» des Weltmarktes erhalten. Und Gesellschaft und Natur würden vom geringeren Ressourcenverbrauch profitieren.¹¹

4

Was ist dran?

Richtig ist: Trotz vieler Einzelerfolge ist die Politik der nachhaltigen Entwicklung weitgehend gescheitert. Die ökologischen, sozialen und ökonomischen Probleme sind nicht gelöst. Zwischen 1990 und 2013 sind die weltweiten CO₂-Emissionen von 22 auf über 35 Milliarden Tonnen gestiegen. Doch die Ursachenanalyse greift seltsam kurz: Die Begründung «schwache politische Institutionen» verweist auf den mangelnden politischen Willen, starke Institutionen zu schaffen – Institutionen, denen sich die nationalen Regierungen und auch die Unternehmen beugen müssen. Die Begründung «mangelnder politischer Wille» wiederum ist keine Antwort, sondern führt nur zur nächsten Frage: Warum will «die Politik» nicht?

¹⁰ Zu den Differenzen und Gemeinsamkeiten von nachhaltiger Entwicklung und Green Economy vgl. Wissen, Markus: Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise, in: Kurswechsel 2/2012, S. 28–36. ¹¹ Vgl. UNEP: Using Models.

Der Grund ist, dass die Regierungen der ökonomisch mächtigen Länder das westliche Lebens- und Produktionsmodell nicht hinterfragen und an einer weitgehend ungesteuerten kapitalistischen Globalisierung festhalten. Hier herrscht die Konkurrenz um Weltmarktanteile, die wiederum die Umweltbelastungen und den Ressourcenverbrauch rasant wachsen lässt. Dies liegt am Gegensatz von betriebswirtschaftlicher Kalkulation einerseits und Naturschutz oder nachhaltiger Naturnutzung andererseits: Für die Unternehmen ist es bislang meist profitabler, Natur als billige Rohstoffquelle und Mülldeponie zu nutzen. Schließlich werden viele Rohstoffe zunächst einmal gratis zur Verfügung gestellt, und die Natur verlangt auch keine Abfallgebühren. Absurderweise ist dadurch eine kurze Lebensdauer von rohstoffintensiven Produkten oft rentabler, als Güter umweltschonend zu produzieren, die lange Zeit genutzt werden können.

Zur Konkurrenz um Weltmarktanteile kommt die Konkurrenz der Staaten um die Verteilung der Kosten und Erträge der Green Economy hinzu. «Wie zu erwarten, gehören diejenigen Gruppen zu den stärksten Blockierern von Transformationsprozessen, die durch den angestrebten Wandel materielle oder Statusverluste zu erwarten haben», schreibt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) zu diesem Zusammenhang.¹² Die grüne Wirtschaft bietet eben keine Vorteile für alle, sondern nur für die Gewinner. Der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, bringt es auf den Punkt: «Eine neue Weltordnung bricht an. Das Rennen um die Führerschaft hat bereits begonnen. Für die Gewinner sind die Erträge klar: Innovationen und Investitionen in saubere Energien werden das grüne Wachstum stimulieren; es wird Jobs schaffen, eine größere Unabhängigkeit der Energieversorgung und der nationalen Sicherheit.»¹³

Die grüne Wirtschaft schafft also keine Win-win-Situation. Stattdessen werden kapitalintensive und sozial nicht-inklusive Berg-

¹² Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011, S. 201, unter: www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf. ¹³ So Josef Ackermann, damals Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank AG, im Dezember 2010. Zitiert nach: Jaeger, Carlos C. et al.: A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. Synthesis Report. European Climate Forum e.V., Potsdam 2011, S. 4 (eigene Übers.).

bau- und infrastrukturelle Großprojekte, teure Offshore-Windanlagen und der Emissionshandel vorangetrieben. Die Green Economy bleibt innerhalb der kapitalistischen Rationalität.¹⁴ Mächtig bleiben in erster Linie weiterhin diejenigen, die über Kapital verfügen und es investieren können. Die Logik von ständig neuen Investitionen, von Profit und Konkurrenz wird nicht hinterfragt. Für die Unternehmen heißt es weiterhin, «Gewinne maximieren». Und für die Staaten heißt es, «nationales Wirtschaftswachstum maximieren». Die konkreten ökologischen Kosten in vielen Regionen der Welt, aber auch die sozialen Kosten der ökologischen Modernisierung bleiben zweitrangig. Probleme werden auf diese Weise nicht gelöst, sondern die Lösung wird nur verschoben. Etwa wenn in Europa Autos mit Agrartreibstoffen angetrieben und dafür in Indonesien Kleinbauern und -bäuerinnen enteignet oder Tropenwälder abgeholzt werden, um Zementfabriken deutscher Firmen zu errichten oder Plantagen für Ölpalmen anzulegen. Oder wenn Unternehmen des Nordens besonders umweltschädliche Produktionen in Länder des Südens verlagern.

6

Green Economy bedeutet also nicht, dass der Schutz von Mensch und Umwelt das Streben nach Profit ersetzt. Stattdessen bleibt in der Welt der Green Economy die Profiterwirtschaftung notwendige Bedingung allen Wirtschaftens. Der Umweltschutz wird ihr untergeordnet. Auch staatliche Regelung hat hier nur begrenzte Einflussmöglichkeiten (siehe Punkt 6: «Umweltschutz und Nachhaltigkeit benötigen einen starken Staat»). Von daher ist fragwürdig, ob die Green Economy das geeignete Wundermittel ist, mit dem die einst formulierten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung nun umgesetzt werden können. Etwas ändern würde sich erst, wenn nicht länger darauf gesetzt würde, den Kapitalismus nach jeder desaströsen Krise immer und immer wieder zu erneuern. Die grundlegende Transformation hin zu einer solidarischen Produktions- und Lebensweise sollte nicht nur auf Hochglanzpapieren als abstraktes Ziel formuliert werden. Auch in der Umsetzung der Ziele muss sichergestellt werden, dass Mensch und Natur nicht länger nur als ökonomisch verwertbare Ressourcen betrachtet werden.

¹⁴ Wichterich, Christa: Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy, in: Informationen für die Frau 5/2011, S. 5–7; Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias: Green Economy – Green New Deal – Green Growth. Occupy Rio plus 20, in: W&E-Hintergrund November 2001.

«DIE KRISE IST EINE CHANCE FÜR EINE GREEN ECONOMY»

In vielen politischen Reden ist zu hören, die aktuelle Krise könne für einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft genutzt werden. Die Green Economy gilt ihren BefürworterInnen als Konjunkturmotor: Die Vereinten Nationen etwa erhoffen sich von «grüner Investitionstätigkeit» für den Zeitraum 2010 bis 2050 einen größeren Wachstumsschub als beim «Business-as-usual»-Szenario. «Wirtschaften wie bisher» würde bedeuten, dass der nicht nachhaltige Entwicklungspfad fortgeschrieben wird.

Die EU-Kommission formulierte 2010 einen Plan für nachhaltiges Wachstum, um eine ressourcenschonende, ökologische und wettbewerbsfähige Wirtschaft zu schaffen.¹⁵ Die Krise gilt zum einen als Chance für die Green Economy. Und zugleich gilt die Green Economy als Mittel gegen die Schwäche des Wirtschaftswachstums. In der Tat wachsen derzeit die Solarenergie-, Biomasse-, Windkraft- und Recyclingindustrien besonders stark. Im Jahr 2014 stieg der Anteil der erneuerbaren Energien weltweit – ohne Wasserkraft – um 16 Prozent.¹⁶ Es wird in Studien davon ausgegangen, dass bis 2030 von geschätzten 7.000 Milliarden Euro Investitionen in die Stromerzeugung etwa zwei Drittel in erneuerbare Energien (inklusive Wasserkraft) fließen werden.¹⁷ Hoffnung allerorten also.

Für Deutschland errechnen entsprechende Studien, die eine Green Economy favorisieren, für 2020 eine Wachstumsrate von 2,4 gegenüber 1,8 Prozent für den Fall, dass der ökologische Umbau ausbleiben sollte. Deswegen liegt in solchen Modellrechnungen («grünes Szenario») die Arbeitslosenquote mit 5,6 Prozent deutlich unter dem Wert von 8,5 Prozent, der für das «traditionelle Szenario» angenommen wird.¹⁸

15 EU Commission: Europe 2020 – A European Strategy for Smart, Sustainable and Inclusive Growth, Brüssel 2010, unter: <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20EN%20BARROSO%20%20%20007%20-%20Europe%202020%20-%20EN%20version.pdf> **16** PricewaterhouseCoopers LLP (PwC): Two degrees of separation: ambition and reality. Low Carbon Economy Index 2014, London 2014, S. 7, unter: www.pwc.co.uk/assets/pdf/low-carbon-economy-index-2014.pdf. **17** Ebd., S. 8. **18** Vgl. Jänicke, Martin: Green Growth. Vom Wachstum der Öko-Industrie zum nachhaltigen Wirtschaften, Forschungszentrum für Umweltpolitik, Berlin 2011, S. 8, unter: www.wfg-ww.de/uploads/tx_news/Gruenes_Wachstum_Report.pdf.

Was ist dran?

Zunächst sind derartige Wachstumsprognosen mit großer Unsicherheit behaftet. Schon in «normalen» Zeiten – ohne Wirtschaftskrise, ohne labilen Bankensektor und ohne einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft – scheitern ÖkonomInnen oft daran, das Wirtschaftswachstum der kommenden sechs Monate korrekt vorherzusagen. Im Jahr vor der großen Krise gingen die einschlägigen Prognosen für 2008 noch von einem Wachstum von 2,4 beziehungsweise 2,2 Prozent aus; tatsächlich wuchs die Wirtschaft in dem Jahr um lediglich 1,1 Prozent. Noch markanter sind die Fehlprognosen vom Frühjahr und Herbst 2008: Für das Jahr 2009 wurde ein Wachstum von 1,4 Prozent beziehungsweise 0,7 Prozent vorausgesagt. Tatsächlich wuchs die Wirtschaft 2009 überhaupt nicht, sondern schrumpfte – um 5,1 Prozent. Im Jahr 2013 wuchs die bundesdeutsche Wirtschaft preisbereinigt um 0,4 Prozent – prognostiziert waren vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1,6 Prozent.¹⁹

8

Prognosen über Jahrzehnte sind dementsprechend mit noch größerer Vorsicht zu genießen. Sie drücken eher Tendenzen und Stimmungsbilder aus. Die kapitalistische Wirtschaft und ihre Expansion hängen von vielen Faktoren ab, und sie sind nur begrenzt planbar. Vor allem aber zeigt sich entgegen optimistischer Prognosen: Die Krise ist eher ein schlechtes Umfeld für die Green Economy. Im Zuge der globalen Finanzkrise haben sich viele Staaten stark verschuldet. Die Eurokrise wird vor allem mit Maßnahmen bekämpft, die das Wirtschaftswachstum mit allen Mitteln fördern sollen, indem zum Beispiel Unternehmen von Kosten entlastet werden. Auch wenn die Politik es nach außen propagiert, faktisch setzt sie die vermeintliche Wunderwaffe Green Economy nicht ein. In Anbetracht der kostspieligen Krise scheut sie weitere Ausgaben, die durch einen ökologischen Umbau oder schärfere Umweltauflagen entstehen könnten. Bereits 2009 hatten die Ökonomen Nicolas Stern und Ottmar Edenhofer Vorschläge unterbreitet, wie die G-20-Staaten eine *global green recovery*, eine globale grüne Erholung, einleiten könnten. Umgesetzt wurden die Vorschläge

¹⁹ Vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/prognose-des-diw-fuer-deutsche-wirtschaft-fuer-2013-ist-optimistisch-a-859187.html.

nicht. Stattdessen folgten viele Staaten dem deutschen und österreichischen Vorbild und kurbelten mittels Abwrack- beziehungsweise Schrottpremien den Absatz der Autoindustrie an – mit entsprechenden Auswirkungen für die Umwelt. Die Folge dieser Politik: Im Jahr 2010 wurden so viele Emissionen freigesetzt wie nie zuvor. «Erstmals seit der Jahrtausendwende stiegen die Emissionen der G20 stärker als das Wirtschaftswachstum», schreiben Achim Brunnengräber und Tobias Haas. Und folgern, «die Zukunftsperspektiven [sehen] gerade angesichts der multiplen Krisen düster aus».²⁰

Trotz der hohen Wachstumsraten im Bereich erneuerbare Energien nahm ihr Anteil an der weltweiten Energieproduktion von 1,9 auf 2,2 Prozent zu beziehungsweise von 8,6 auf 8,9 Prozent, wenn die Wasserkraft berücksichtigt wird (die in vielen Fällen durch den Bau von Großstaudämmen sozial alles andere als nachhaltig ist). Der Hauptgrund liegt darin, dass die Nutzung fossiler Energieträger ebenfalls deutlich zugenommen hat.²¹

Und selbst wenn die Regierungen zur Lösung der Krise ganz auf «grün» setzen würden, wäre fraglich, ob die Umwelt davon profitieren könnte. Denn eine Green Economy beendet den Wachstumszwang nicht.²² Und was ungebremstes Wachstum bedeutet, macht folgendes Beispiel klar:

In Deutschland kommen auf 100 EinwohnerInnen 52 Autos. Statistisch gesehen besitzt ungefähr jede/r Zweite in Deutschland einen Pkw.²³ Wenn sich weltweit die Automobilität auf bundesdeutsches Niveau steigern würde, dann würde das nicht nur einen massiven – und gewinnträchtigen – Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erfordern, sondern einen Anstieg von heute einer Milliarde auf etwa fünf Milliarden Autos bedeuten. Selbst bei einem massiven Einsatz von Elektromotoren wäre ein enormer zusätzlicher Verbrauch von Ressourcen, Energie und Senken²⁴ die Folge.

20 Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias: Rio+20: Die grüne Beliebigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2012, S. 18. **21** PwC: Two degrees of separation. **22** Le Monde Diplomatique/Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr, Berlin 2015. **23** Vgl. www.zeit.de/mobilitaet/2014-10/auto-fahrzeug-bestand. **24** Als CO₂-Senken bezeichnet man natürliche Reservoirs, etwa Wälder und Ozeane, die Kohlenstoff – vorübergehend oder dauerhaft – aufnehmen und speichern und so der Erderwärmung entgegenwirken.

«DIE GREEN ECONOMY VERSÖHNT ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE»

Unabhängig von der aktuellen Krise sagen die BefürworterInnen: Die Green Economy versöhnt Ökologie und Ökonomie miteinander. Das Bundesumweltamt stellt fest: «Umweltschutz wird als Wirtschaftsfaktor immer wichtiger. Das zeigt die Entwicklung der Umweltwirtschaft und der grünen Zukunftsmärkte: umweltfreundliche Energieerzeugung, Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz, nachhaltige Mobilität, nachhaltige Wasserwirtschaft, Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Eine fortschrittliche Umweltpolitik ist daher auch unter ökonomischen Gesichtspunkten notwendig.»²⁵ Der prominente Wissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker argumentiert: «Eine Welle neuer, faszinierender technologischer Innovationen könnte zur größten Hoffnung für einen neuen Aufschwung werden.»²⁶ Eine Strategie gegen die zunehmende Umweltzerstörung besteht darin, den ökonomischen Wert der Natur zu erkennen und ihr einen Preis zu geben. Natur, so die Annahme, wird dann geschützt, wenn sie als «Naturkapital» in die Kalkulation der Wirtschaft eingeht. «Die Preise sollen die ökologische Wahrheit sagen» – dieser Satz hört sich ganz aufrichtig an.

Vor wenigen Jahren schätzte das Bundesumweltministerium, dass Umwelttechnologien in Deutschland bereits acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschafteten und dass sich dieser Anteil bis 2020 auf 14 Prozent erhöhen werde.²⁷ Dieser Trend spiegelt sich in einer expansiven Entwicklung der globalen Green-Tech-Leitmärkte wider, deren Volumen eine völlig neue Dimension erreicht haben.

25 Umweltbundesamt (UBA): Grüne Zukunftsmärkte/Umweltschutzwirtschaft, Berlin 2015, unter: www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/gruene-zukunftsmärkte-umweltschutzwirtschaft. **26** Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Hargroves, Karlson/Smith, Michael: Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München 2010, S. 25. **27** BMUB: GreenTech made in Germany 4.0, S. 2.

Tabelle 1: Marktvolumen der Umwelttechnik und Energieeffizienz weltweit und in Deutschland 2013 (in Milliarden Euro)

	weltweit	Deutschland (Weltmarktanteil in Klammern)
Energieeffizienz	825	100 (12%)
nachhaltige Wasserwirtschaft	505	53 (11%)
umweltfreundliche Energien, Speicherung und Verteilung von Energien	422	73 (17%)
Rohstoff- und Materialeffizienz	367	48 (13%)
nachhaltige Mobilität	315	53 (17%)
Kreislaufwirtschaft	102	17 (17%)
Gesamt	2.536	344 (14%)

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.): GreenTech made in Germany 4.0. Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland, Berlin 2014, S. 7f.

11

Tabelle 2: Weltmarktprojektionen in Kernsektoren

Weltmarktvolumen	2007	2020	Wachstum bis 2020 p. a.
Solarthermie [Mio. m ²] **	31	337	+20%
Photovoltaik [GWp] *.**	3	65	+27%
Windkraft [GW] *	20	137	+16%
Brennstoffzellen [Mrd. Euro]	1	52	+39%

* neu installierte Kapazität, ** Gigawatt-Peak-Leistung bei Testbedingungen

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.): GreenTech made in Germany 2.0. Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland, Berlin 2009, S. 63

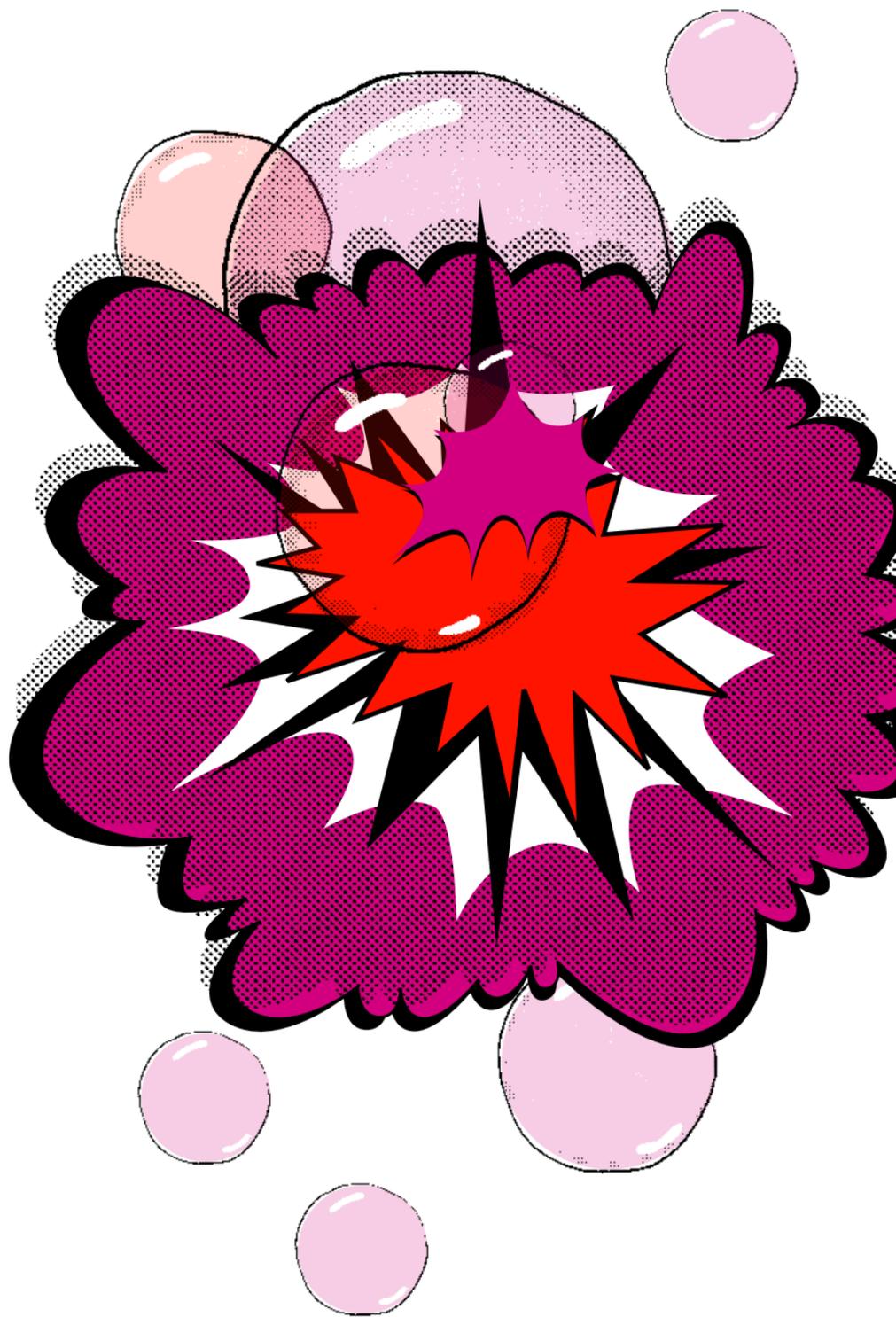
Was ist dran?

Erstens ist die Formel der «Versöhnung von Ökonomie und Ökologie» erklärungsbedürftig. Sie wäre ein schönes Ziel, funktioniert aber nicht, solange die Green Economy kapitalistischen Logiken gehorcht. Grüne Wirtschaftsinnovationen bringen häufig doch wieder ökologische Zerstörung an anderer Stelle hervor. Für die Produktion werden weiterhin Rohstoffe benötigt, die meist unter wenig nachhaltigen Bedingungen abgebaut werden und oft mittels langer Zuliefererketten zum Endproduzenten gelangen. Beispiel Elektroautos: Um sie zu produzieren, sind verschiedene Metalle – sogenannte Seltene Erden – notwendig.

Zweitens können auch soziale Missstände verschlimmert werden. Wenn schmutzige und billige Kohle als Energieträger immer wichtiger wird, wenn Unternehmen ihre umweltschädliche Produktion in andere Länder verlagern und damit auch die Gesundheit der dort Beschäftigten gefährden, wenn zur Produktion von Agrartreibstoffen («Biosprit») Regenwald abgeholzt wird und Menschen aus ihren Lebensräumen vertrieben werden, wenn Regierungen den Emissionshandel mit Verweis auf die Kosten für die heimischen Unternehmen ablehnen, wird deutlich: Auch unter grünem Deckmantel ist mit Wirtschaftswachstum und steigenden Unternehmensgewinnen keine soziale Gerechtigkeit zu haben.

Der Abbau dieser Seltenen Erden (die gar nicht so selten sind), derzeit vor allem in China, findet jedoch unter ökologisch und sozial katastrophalen Bedingungen statt: Umsiedlungen, großflächige Zerstörung der Natur, giftige Emissionen und die Beschäftigung billiger WanderarbeiterInnen zählen zu den problematischen «Nebeneffekten». Dass die Seltenen Erden für ein «grüneres» Produkt verwendet werden, ändert an diesen Bedingungen nichts.

Drittens: Der Anspruch, dass die «Preise die ökologische Wahrheit sagen sollen», blendet aus, dass viele wichtige Funktionen der Natur gar nicht in Preisen ausgedrückt werden können. Und das ist auch besser so. Natur ist ein Gemeingut, das nicht der Wert- und Preislogik unterworfen werden soll. Nachhaltig kann Natur nur genutzt werden, wenn dies nicht nach Maßgabe betriebswirtschaftlicher Kalkulation, sondern gemäß sozialöko-



logischer Kriterien geschieht.²⁸ Die Vorschläge zu einer Green Economy laufen Gefahr, die kapitalistische Inwertsetzung der Natur zu vertiefen. Das wird im Bereich der Klimapolitik an dem Zauberinstrument REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) deutlich. Es werden massive Geldflüsse für die Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung in Aussicht gestellt. Auch der internationale Bericht «The Economics of Ecosystems and Biodiversity»²⁹ empfiehlt, den Schutz der biologischen Vielfalt dadurch zu gewährleisten, dass dieser ein ökonomischer Wert gegeben wird. Zwar kann die Bewertung bestimmter Ökosystemdienstleistungen in Geld aufzeigen, wie essenziell diese für unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind. Doch sollte der Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt nicht allein dem Motiv, damit Geld zu verdienen, folgen.³⁰

14 Es reicht also nicht aus, abstrakt auf «grünes Wachstum» zu setzen. Die entscheidenden Fragen sind vielmehr: Unter welchen Bedingungen findet dieses Wachstum statt? Unter der Kontrolle der Energiekonzerne, die ein Interesse an Großprojekten wie Offshore-Windparks und monopolistischen Energienetzen haben? Oder mittels dezentraler Energieerzeugung unter demokratischer Kontrolle? Wer entscheidet, was recycelt werden kann und wie recycelt wird – und warum nicht Müllvermeidung an erster Stelle steht? Wer also kontrolliert die Green Economy, wessen Interessen dient sie? Welche Interessen werden mit dem kapitalistischen Wachstumsimperativ eher bedient?³¹

28 Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*, München 2009; Ostrom, Elinor: *Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*, München 2011. **29** Vgl. www.teebweb.org. **30** Vgl. Chapelle, Sophie: *Rio+20: Comment multinationales et marchés financiers comptent s'accaparer la nature*, Eintrag vom 18.6.2012, unter: www.bastamag.net/article2479.html, sowie dies.: *Comment s'enrichir en prétendant sauver la planète*, Interview mit Christophe Bonneuil vom 20.6.2012, unter: www.bastamag.net/article2484.html. **31** Vgl. hierzu Binswanger, Hans Christoph: *Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze zu einer nachhaltigen Entwicklung*, in: Held, Martin et al. (Hrsg.): *Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit*, Marburg 2011, S. 183–200; Brand, Ulrich: *Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen grundlegender Wachstumskritik*, in: *Prokla* 2/2014, S. 289–306.

«DIE GREEN ECONOMY SCHAFFT GUTE ARBEITSPLÄTZE»

Das Umschwenken hin zu einer grünen Ökonomie soll nicht nur Wachstum ermöglichen, sondern mit ihr sollen auch neue Jobs entstehen. Im Zuge der Energiewende in Deutschland sind fast 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Sechs Millionen zusätzliche Arbeitsplätze könnten es in Europa sein, schätzt eine vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebene Studie. Die EU müsste dafür das Ziel verfolgen, die CO₂-Emissionen nicht nur um 20, sondern um 30 Prozent zu reduzieren.³² «Die positive Marktentwicklung für «grüne» Produkte, Verfahren und Dienstleistungen eröffnet am Standort Deutschland neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Mittelfristig wollen viele deutsche Green-Tech-Unternehmen neue Stellen schaffen. In der gesamten Querschnittsbranche Umwelttechnik und Ressourceneffizienz gehen die Unternehmen bis 2018 von einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Mitarbeiterzahl von 6,7 Prozent aus.»³³

Weniger Beschäftigte wird es nur in den sogenannten schmutzigen Industrien geben. Doch die würden durch «grüne Jobs» mindestens ab 2030 zunehmend ersetzt.³⁴ Die neuen Jobs sollen zudem besonders attraktiv und gut bezahlt sein. «Emissionsarme Wirtschaftsbranchen [...] beschäftigen eher hoch qualifizierte Arbeitnehmer», schreibt die International Labour Organization (ILO).³⁵

15

Was ist dran?

Tatsächlich sind bereits viele Menschen in den «grünen Sektoren» beschäftigt. Für Deutschland gilt: «In der Querschnittsbranche Umwelttechnik und Ressourceneffizienz waren 2012 rund 1,5 Millionen Erwerbstätige beschäftigt. Diese Zahl umfasst ausschließlich diejenigen Beschäftigten, die in Unternehmen der sechs Green-Tech-Leitmärkte tätig waren.»³⁶ Und das

32 Jaeger et al.: A New Growth Path, S. 4 f. **33** BMUB: GreenTech made in Germany 4.0, S. 9. **34** UNEP: Towards a Green Economy, S. 505–533. **35** International Labour Organization (ILO): Towards a Greener Economy: The Social Dimensions, Genf 2011, S. 5; kritisch dazu: Herman, Christoph: Green new deal and the question of environmental and social justice, Genf 2015, S. 9, unter: www.global-labour-university.org/fileadmin/GLU_Working_Papers/GLU_WP_No.31.pdf.

Wachstum hält an. Laut Umweltwirtschaftsbericht hängt inzwischen jeder 20. Job in Deutschland an Gütern und Dienstleistungen der sogenannten Umweltbranche.³⁷ Auch künftig sollen Zuwachsraten bei Arbeitsplätzen von zehn Prozent und mehr erreicht werden. Dennoch bleiben Fragen.

Erstens stimmt die Gleichung «grüne Jobs = gute Jobs» nicht. In den aufstrebenden Ökobranchen sind die Arbeitsbedingungen oft schlecht, und der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedrig. Viele der meist mittelständischen Unternehmen haben keinen Tarifvertrag.³⁸ Unterdurchschnittliche Löhne sind weit verbreitet. Die IG Metall stellte vor einigen Jahren für die Windkraftbranche fest: «Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind aus der Sicht der befragten Betriebsräte nicht überdurchschnittlich attraktiv und in vielen Aspekten verbesserungsfähig. Hohe Leistungsanforderungen, begrenzte Einkommensperspektiven, notwendige, aber oft fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten und die Zunahme von Leiharbeit prägen den Alltag.»³⁹

Zweitens profitieren nicht alle ArbeitnehmerInnen gleichermaßen von der Umstellung auf «grüne Technologien». Tendenziell ist eine Verdrängung insbesondere auf Kosten von weniger Qualifizierten und Älteren zu beobachten. «Für die aktuell in der Autoindustrie oder in bestimmten Bereichen der Chemie- und Energiewirtschaft Beschäftigten bedeutet ein Strukturwandel hin zu «grünen Technologien» oder erneuerbaren Energien nicht, dass sie einfach von einer Branche in die andere wechseln werden oder dass der Umbau des Automobilsektors auf E-Autos am selben Standort stattfindet, d. h. ohne Arbeitsplatzverluste und ohne Verlagerung der Produktion in andere Länder.»⁴⁰ Ohne entsprechende Begleitmaßnahmen wird der Umbau nicht gerecht sein.

36 BMUB: GreenTech made in Germany 4.0, S. 9. **37** Allerdings bleibt unklar, welche Beschäftigung als Umweltschutz definiert wird. Im Umweltwirtschaftsbericht 2011 heißt es lediglich, dass die Umweltwirtschaft «als Querschnittsbranche alle Unternehmen umfasst, die Umweltschutzgüter und -dienstleistungen anbieten». Vgl. hierzu BMUB/UBA: Umweltwirtschaftsbericht 2011, Berlin 2011, S. 13f. **38** Hexel, Dietmar: Sonne, Wind, Arbeit, in: Atlas der Globalisierung, S. 60f. Nicht besser sieht es im Einzelhandel aus. Im Februar 2012 sagte die ver.di-Gewerkschafterin Janet Dumann: «Ich kenne keine Biokette, die nach Tarif bezahlt oder die einen Betriebsrat hat.» Vgl. hierzu www.tip-berlin.de/essen-und-trinken/wie-fair-ist-bio-wirklich. **39** IG Metall-Vorstand: Windkraft-Industrie 2007. Aktuelle Branchentrends, Frankfurt am Main 2007, S. 15. **40** Candeias, Mario: Konversion – Einstieg in eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, in: Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Röttger, Bernd/Thimmel, Stefan (Hrsg.): Globale Ökonomie des Autos, Hamburg 2011, S. 260.

Zudem: Viele der neu geschaffenen Jobs im Umweltsektor kommen eher Männern zugute. «Von den Investitionen in Programme des Green New Deal profitieren vor allem männlich dominierte Sektoren und Berufszweige, was bedeutet, dass die meisten der neu geschaffenen Arbeitsplätze an Männer gehen werden. Männer haben den größeren Nutzen, obwohl Frauen häufig in solchen Bereichen wie dem Gesundheits- oder dem Bildungswesen arbeiten, die weniger Ressourcen verbrauchen und daher weniger umweltschädigend sind.»⁴¹

Drittens: Entscheidend ist, wer die Bedingungen des Umbaus bestimmt.⁴² Meist bleibt bei dem Versprechen der grünen Jobs außen vor, wer eigentlich über die Investitionen und die damit verbundenen Arbeitsplätze entscheidet: nämlich die Kapitalseite. Die Beschäftigten werden in Krisenzeiten, wie in der Solarbranche geschehen, zum Spielball der Unternehmensleitungen. Die Green Economy unterscheidet sich auch hier nicht von der althergebrachten Wirtschaft.

Und **viertens** übersieht das Versprechen der *green jobs*, dass auf dem Weg in eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft nicht nur bestimmte ökologische Branchen und dort die Beschäftigung wachsen müssen. Auch der Bereich der personen-nahen Dienstleistungen im Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungswesen muss ausgebaut werden.⁴³ Insgesamt muss die gesellschaftliche Arbeit – Erwerbsarbeit wie Nicht-Erwerbsarbeit – ganz grundlegend anders organisiert werden. Aktuell ist ein Trend zu schlecht bezahlten Werkverträgen ohne Sozialversicherungsleistungen, zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten und zur Ersetzung von Festgehalt durch variable Lohnbestandteile zu beobachten. Dies dient dazu, die Lohnkosten der Unternehmen zu drücken und die Gewinne zu steigern.

Gleichzeitig hindert die wachsende Unsicherheit viele Menschen daran, sich mit Zukunftsfragen zu befassen. Für eine tatsächlich nachhaltige Gesellschaft müssen Menschen sozial abgesichert sein, und ihre Tätigkeiten müssen einen Sinn haben. Nachhaltigkeit in diesem Sinne würde auch bedeuten,

⁴¹ Herman: Green new deal, S. 19 (eigene Übers.). ⁴² Vgl. ebd. ⁴³ Wichterich, Christa: Die Zukunft, die wir wollen. Eine feministische Perspektive, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012, unter: www.boell.de/sites/default/files/Feministische_Zukunft-i.pdf.

die Herrschaftsverhältnisse, die in der Arbeitsteilung einer Gesellschaft angelegt sind, infrage zu stellen: Wer bekommt für welche Arbeit wie viel Geld und Anerkennung? Wer hat Gestaltungsmacht in seinen täglichen Tätigkeiten? Wer bekommt überhaupt die Chance, bestimmte Arbeiten auszuführen, und wer putzt bis an sein Lebensende? Es geht also um viel mehr als nur darum, grüne Jobs zu schaffen.

Mit grün-technologischen Arbeitsplätzen sind noch lange nicht andere soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten aus dem Weg geräumt. Wenn es darum geht, wie wir nachhaltig produzieren und konsumieren wollen, müssen auch die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und zwischen den Klassen sowie ethnische Spaltungen der Gesellschaft oder die Stellung eines Landes in der Weltwirtschaft berücksichtigt werden.⁴⁴

In einer nachhaltigen Gesellschaft sollten die notwendigen und wünschenswerten Arbeiten – Erwerbsarbeit und andere Formen der Arbeit – solidarisch und demokratisch organisiert, verteilt und verrichtet werden.⁴⁵

«EINE «EFFIZIENZREVOLUTION» FÜHRT ZU MEHR WACHSTUM MIT WENIGER RESSOURCENVERBRAUCH»

Bedingung für die Green Economy und auch ihre Folge, so argumentieren ihre BefürworterInnen, ist ein effizienterer Ressourcenverbrauch. Es sei davon auszugehen, «dass Länder, die die Produktivität der knappen Ressourcen erhöhen, bedeutende Konkurrenzvorteile gegenüber denen erwerben, die diese Knappheiten ignorieren».⁴⁶ Durch verbesserte Technologien und Produktionsorganisation soll es zu einer «Effizienzrevolution» kommen: Für jeden Euro an Wirtschaftsleistung müssten immer weniger Rohstoffe verbraucht und immer weniger Schadstoffe abgegeben werden. «Entkopplung» des Wirtschaftswachstums und der Wohlstandsentwicklung vom Res-

44 Ebd. 45 Biesecker, Adelheid/Baier, Andrea: Gutes Leben braucht andere Arbeit, in: Politische Ökologie 125, 2011, S. 54–63; Leitner, Andrea/Wroblewski, Andrea/Littig, Beate: Green Jobs. Diskussion von Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotentialen, Wien 2012. 46 Ebd., S. 33.

sourcesverbrauch sowie von der Übernutzung der Ökosysteme und CO₂-Senken lautet die Zauberformel. «Eine 80prozentige Steigerung der Ressourcenproduktivität ist nicht nur vorstellbar, sondern auch möglich», schreiben Ernst Ulrich von Weizsäcker, Karlson Hargroves und Michael Smith.⁴⁷ So soll grenzenloses Wachstum doch noch machbar werden.

Im Rahmen jüngerer Diskussionen um «Industrie 4.0» wird das Argument weitergetrieben. In immer mehr gesellschaftlichen Bereichen wird versprochen, mithilfe fortschreitender digitaler Vernetzung und sich selbst optimierender «intelligenter» Systeme die Ressourceneffizienz zu erhöhen. So sollen etwa bereits heute «intelligente Verteilernetze» (*smart grids*) die Energieverteilung in Städten effizienter machen und dadurch den Energieverbrauch verringern. Die Begriffe *smart factory* und «Industrie 4.0» drücken die Hoffnung aus, künftig die gesamte industrielle Produktion neu zu strukturieren und dadurch die Ressourcen- und Energieeffizienz zu erhöhen und zugleich enorme künftige Wachstumsmärkte zu erschaffen.⁴⁸

19

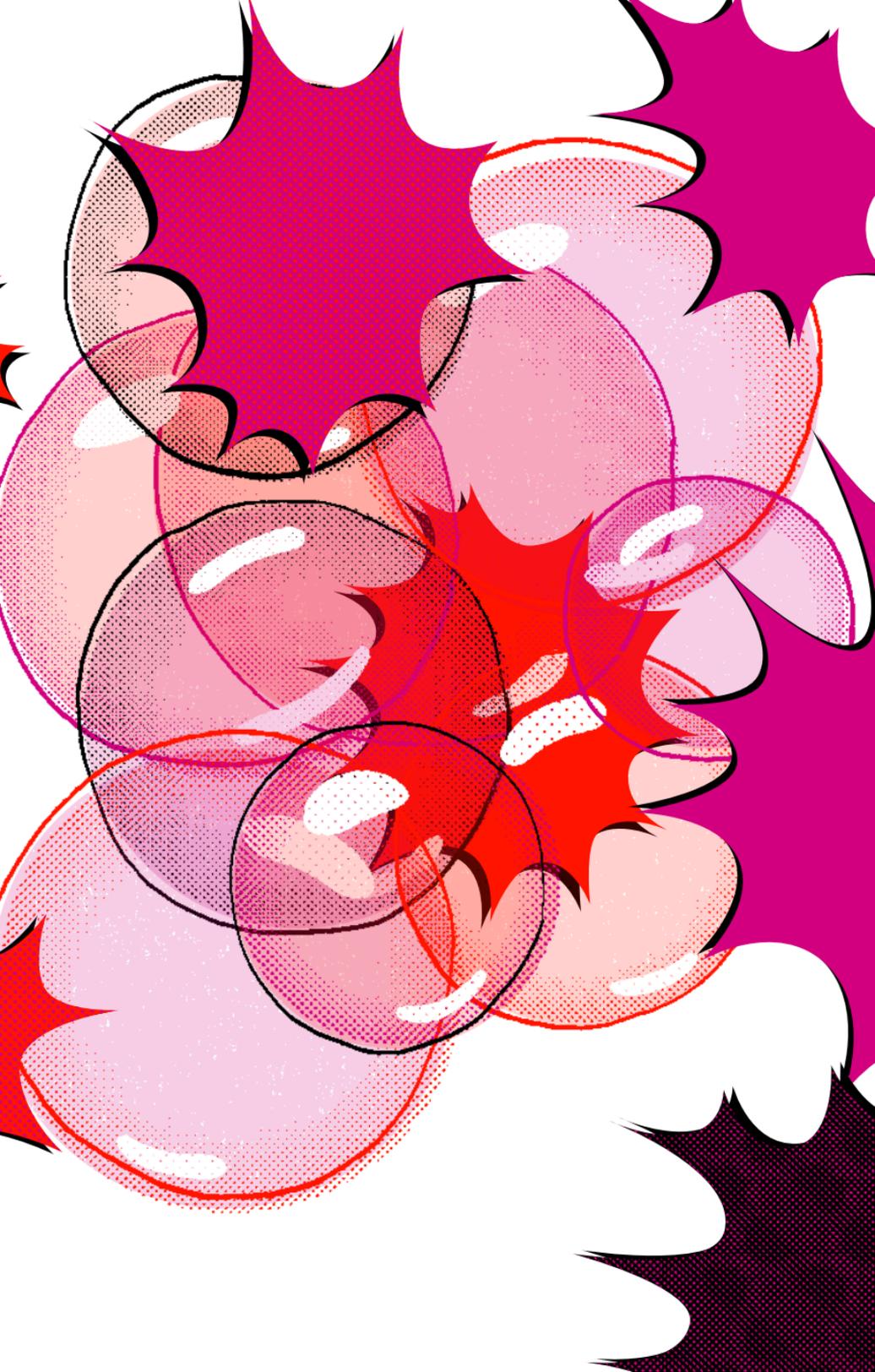
Was ist dran?

Mehr Wirtschaftswachstum bei geringerem Ressourcenverbrauch – das klingt gut. Diese Entkopplung ist jedoch kein Selbstläufer, das zeigt das Beispiel Deutschland: Hier werden pro Einheit Bruttoinlandsprodukt zwar immer weniger Ressourcen benötigt. Und auch die CO₂-Emissionen sind zwischen 1992 und 2008 stark zurückgegangen.

Dass auch die Effizienzsteigerung nicht automatisch das Klima rettet, hat mehrere Ursachen.

Erstens kommt es zu einer Verlagerung energieintensiver Produktion ins Ausland. Die Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» des Deutschen Bundestages schreibt in ihrem Abschlussbericht: «In den Industrienationen werden zunehmend Produkte konsumiert, welche in Schwellen- und Entwicklungsländern produziert werden. Die Produktion ist in aller Regel ausschließlich mit Umweltbelastungen (inkl. der Emission

⁴⁷ Weizsäcker et al.: Faktor Fünf, S. 235. ⁴⁸ Vgl. Pfeiffer, Sabine: Industrie 4.0 und die Digitalisierung der Produktion – Hype oder Megatrend?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Apuz) 31–32/2011, unter: www.bpb.de/apuz/209955/industrie-4-0-und-die-digitalisierung-der-produktion?p=all.



von Treibhausgasen) im Herstellungsland verbunden. Während sich die Treibhausgas-Emissionen der Industrienationen inzwischen weitestgehend stabilisiert haben, hat der energiebedingte globale CO₂-Ausstoß im Zeitraum zwischen den Jahren 1990 und 2007 um 38 Prozent zugenommen, unter anderem auch aufgrund der Verlagerung industrieller Produktion von Industrie- in Schwellenländer. [...] Im Zeitraum von 1990 bis 2008 haben die Industrienationen zwar ihren CO₂-Ausstoß um rund 2 Prozent senken können. Vergleicht man diese Reduktion jedoch mit dem importierten CO₂ aus Schwellen- und Entwicklungsländern, so übersteigt der Wert des importierten CO₂ diese Reduktion im Jahr 2008 um 520 Prozent.»⁴⁹ Für Deutschland kommt als Sonderfall hinzu, dass die Deindustrialisierung Ostdeutschlands nach 1990 zu einer guten «Kosmetik» der Klimabilanz beiträgt.

Zweitens wird für eine höhere Ressourcenproduktivität mit dem Argument geworben, sie spare den AnwenderInnen der neuen Techniken Kosten, zum Beispiel für Rohstoffe. Höhere Effizienz soll also die Gewinne steigern. Doch offensichtlich sind bis heute in vielen Fällen «schmutzige» Produktionsverfahren für ein Unternehmen rentabler. Läge Umweltschutz durch Effizienzsteigerung automatisch im Interesse der Unternehmen, müsste die Politik kaum so eifrig dafür werben. In der Green Economy bleibt der Umweltschutz durch Steigerung der Ressourcenproduktivität an das Gewinninteresse der Unternehmen gebunden. Lohnt sich das Ganze nicht, unterbleibt er. Der Umweltschutz hinkt deshalb tendenziell hinterher – hinter dem, was technisch möglich und ökologisch notwendig wäre. Solange Umweltschutz nur eine Strategie zur Gewinnmaximierung ist, bleibt er den Launen der Märkte und den Kalkulationen der Unternehmen unterworfen. Hohe Gewinne bedeuten nicht automatisch sinnvolle Reinvestitionen zur Effizienzsteigerung.

Drittens geraten die Effizienzhoffnungen auch noch an anderer Stelle in Konflikt mit dem kapitalistischen Wachstumszwang. «Es ist schlichtweg ein Irrglaube, die Tendenz des Kapitalismus zur Effizienz würde das Klima stabilisieren oder uns vor Ressourcenknappheit schützen», urteilt der britische Umweltökonom

Tim Jackson in der *Berliner Zeitung* vom 7. April 2011. Zwar wurde die Produktion in der Geschichte tatsächlich immer effizienter. Doch die Wirtschaft wuchs noch stärker, sodass am Ende der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastungen zunahmen. Dieser sogenannte Rebound-Effekt führt bislang in der Regel dazu, dass Effizienzgewinne durch verstärkten Konsum «aufgefressen» werden: So werden die ressourceneffizienter produzierten Autos billiger, sodass inzwischen immer mehr größere gekauft werden. «Geländewagen beziehungsweise SUV sind weiter auf dem Vormarsch (+20,6 Prozent). Jede zehnte Neuzulassung fällt mittlerweile in dieses Segment. [...] Die obere Mittelklasse machte ein Plus von 12,2 Prozent. Alle anderen Pkw-Segmente waren rückläufig», teilte das Kraftfahrt-Bundesamt im Februar 2011 auf seiner Webseite mit.⁵⁰

22 Eine Steigerung der Effizienz ist natürlich dennoch notwendig. Doch ist sie nur die halbe Miete. Bleiben wir beim Beispiel Auto. Für echten Umweltschutz wären hier weitergehende gesellschaftspolitische Entscheidungen nötig: zum Beispiel ein grundlegender Umbau des Verkehrssystems. Stattdessen erleben wir weltweit einen Ausbau der Straßeninfrastruktur für den Individual- und Güterverkehr und in vielen Ländern sogar einen Rückbau des Schienennetzes. Mit dem Straßennetz wächst auch der Verkehr, das zeigt ein Blick auf die Zahl der produzierten Autos. Im Jahr 2014 wurden weltweit über 67 Millionen Pkw produziert; 2001 waren es noch weniger als 40 Millionen gewesen.⁵¹ Die Prognosen gehen davon aus, dass der globale Automobilbestand von heute gut einer Milliarde Autos sich bis 2030 auf 1,6 Milliarden erhöhen wird. Das ist katastrophal für die Umwelt – aber lukrativ für den deutschen Wirtschaftsstandort. Denn in Deutschland, schreibt der Wirtschaftsjournalist Stephan Kaufmann, ist «der Automobilbau die wichtigste oder (im Wechselspiel mit dem Maschinenbau) zweitwichtigste deutsche Industriebranche bei den Anlageinvestitionen, bei den Ex-/Importen, bei den Direktinvestitionen, bei der Wertschöpfung, Forschung und Entwicklung sowie bei der Beschäftigung».⁵²

50 Santarius, Tilman: Umweltfreundlich mehr verbrauchen, in: Atlas der Globalisierung. S. 56 f; ders.: Der Rebound-Effekt: Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Kassel 2015. **51** International Organization of Motor Vehicle Manufacturers (OICA): Production Statistics, unter: oica.net/category/production-statistics.

Es stellt sich daher die Frage, wie Effizienzgewinne erzielt werden können, die nicht nur zu einer relativen Entkopplung von Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch führen, sondern zu einer absoluten Verringerung des Ressourcenverbrauchs. Dazu reichen die herkömmlichen politischen Instrumente, die den Wachstumszwang nicht bremsen, offensichtlich nicht aus. Die gerade von grünen Parteien behaupteten Wirkungen einer «Entkopplung» sind oft Wunschdenken. Deshalb sollten die Effizienzperspektiven hinterfragt und die vielen konkreten Möglichkeiten der Suffizienz gestärkt werden.⁵³

Es geht um einen wirklichen Wandel, der berücksichtigt, dass die biophysikalischen Grundlagen unseres Wirtschaftens nicht dauerhaft mit einer effizienzorientierten Marktlogik in Einklang gebracht werden können. Eine weitreichende sozialökologische Transformation (siehe Fazit) nimmt sich auch den sozialen Schief lagen in unserer Gesellschaft an. Sie hat sich an ökologischen Maßstäben und auch daran zu orientieren, ob wir die Güter und Dienstleistungen wirklich brauchen.

23

6

«EIN STARKER STAAT IST GUT FÜR DEN UMWELTSCHUTZ UND DIE NACHHALTIGKEIT»

Zum einen behauptet das Argument von der «Versöhnung von Ökonomie und Ökologie», Umweltschutz läge im Interesse der Unternehmen. Gleichzeitig ist vielen inzwischen klar: Bei der unternehmerischen Kalkulation hat die Natur häufig das Nachsehen. Oder anders: Auf die unternehmerische Kalkulation allein ist kein Verlass, weil viele Aspekte unberücksichtigt bleiben («externalisiert» werden).⁵⁴ Wie wir gesehen haben, bleibt Wachstum auch in der Green Economy die Basis der Wirtschaftspolitik. Um die negativen ökologischen Folgen des Wachstums abzuschwächen, so fordern viele BefürworterInnen, soll der Staat nun strenge Regeln setzen. Ohne an-

52 Kaufmann, Stephan: Globale Ökonomie des Autos, in: Candeias et al. (Hrsg.): Globale Ökonomie des Autos, S. 20. 53 Vgl. Winterfeld, Uta von: Vom Recht auf Suffizienz, in: Rätz, Werner et al. (Hrsg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben, Hamburg 2011, S. 57–65.

spruchsvolle Umweltgesetzgebung und Förderung innovativer, ressourcensparender und umweltfreundlicher Technologien durch den Staat wäre historisch die «sich entfaltende Produktions- und Konsumweise [...] an sich selbst zu Grunde gegangen». ⁵⁵ Zudem soll der Staat die Eigentumsrechte an der Natur schaffen oder sichern, damit die Unternehmen planen und kalkulieren können. Denn, so das Argument, nur wenn Regeln für alle Unternehmen gelten, entstehen jenen Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile, die ökologisch produzieren. Zum anderen würden die Unternehmen durch entsprechende Vorgaben technologisch besser und konkurrenzfähiger. Prominente WissenschaftlerInnen wie Ernst Ulrich von Weizsäcker verlangen: «Wir betonen, dass der Markt den zielstrebigem Übergang zu einer ressourceneffizienten und nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft nicht herbeiführen kann, dass es also kräftiger staatlicher Mitwirkung bedarf.» ⁵⁶

24

Zugleich gilt der einzelne Nationalstaat heute in vielen Bereichen als machtlos und unfähig, effektive Umwelt- und Ressourcenschutzpolitiken umzusetzen. Die «globalen Gemeingüter» – allen voran ein stabiles Klima – würden auch deshalb übernutzt, weil es zu viele Trittbrettfahrer gebe. So zögen manche Staaten Vorteile aus der Nutzung der Gemeingüter, ohne für deren Schutz aufzukommen. Viele Probleme seien daher von globaler Dimension und müssten auch global gelöst werden, also durch internationale Kooperation. Verstärkte internationale Abkommen seien wichtig, um verbindliche Regeln festzulegen. ⁵⁷

Einerseits wird also vom Staat erwartet, die richtigen Rahmenbedingungen für eine Green Economy zu schaffen, andererseits wird angezweifelt, dass dies auf nationalstaatlicher Ebene sinnvoll oder möglich ist.

54 Lutz, Christian/Zieschank, Roland/Drosdowski, Thomas: Green Economy: Nachhaltige Wohlfahrt messbar machen unter Nutzung der umweltökonomischen Gesamtrechnungs-(UGR) Daten, Berlin 2015, unter: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_69_2015_green_economy_nachhaltige_wohlfahrt_messbar_machen_0.pdf. **55** Ebd., S. 108. **56** Weizsäcker et al.: Faktor Fünf, S. 238. **57** Leitschuh, Heike et al. (Hrsg.): Gesucht: Weltumweltpolitik. Jahrbuch Ökologie 2016, München 2015.

Was ist dran?

In der Tat sind staatliche Regelsetzungen (und finanzielle Ressourcen) wichtig, um Unternehmen und Beschäftigten, Forschungsinstitutionen, Verbänden und der Öffentlichkeit sowie den VerbraucherInnen Orientierung, Planungssicherheit und gegebenenfalls konkrete Unterstützung zu bieten. Internationale Abkommen, etwa im Bereich der Klimapolitik, verhindern nicht nur Trittbrettfahrerei, sie verstärken auch Lernprozesse: Andere Länder können sich an den innovativsten Staaten, den Vorreitern in Sachen Nachhaltigkeit, orientieren. Dennoch gibt es Nachfragen beziehungsweise Einwände.

Zum Beispiel zum «starken Staat»: In den Vorschlägen für eine Green Economy wird oft übersehen, dass der Staat seine Regeln nicht aus einer neutralen Position heraus formuliert. Im Staat spiegeln sich die Machtverhältnisse einer Gesellschaft. Deutlich zeigt sich dies an den Subventionen für nicht-nachhaltige Wirtschaftssektoren, die machtvoll gestützt werden. So flossen die Mittel aus Konjunkturprogrammen während der Krise nicht per se in «grüne» Bereiche, sondern wirkten eher strukturkonservativ – Stichwort: Abwrackprämie in Deutschland oder Schrottprämie in Österreich. Der Staat agierte hier nicht als Sachverwalter einer Green Economy, sondern im Sinne der Unternehmen und Beschäftigten in den traditionellen, starken Branchen. In liberalen Demokratien mit Parteienkonkurrenz ist Politik außerdem strukturell kurzfristig orientiert, nämlich an Wahlen. Das erschwert längerfristige Orientierungen.

Der stärkste Staat trägt nichts zur Nachhaltigkeit bei, wenn er seine Stärke nicht zum Wohle der Menschen und der Umwelt einsetzt, sondern allein auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum sowie die Stützung der VermögensbesitzerInnen zielt. Dies jedoch ist immer häufiger der Fall: In den letzten Jahrzehnten haben sich Wohlfahrtsstaaten in «nationale Wettbewerbsstaaten» (Joachim Hirsch) verwandelt, deren Hauptanliegen darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der «eigenen» Unternehmen in der globalen Konkurrenz der Standorte zu sichern. Ähnliches gilt für regionale Politiken wie etwa die der Europäischen Union. Die EU hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2020 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu werden. Angesichts zunehmender Ressourcenknappheit und -konkurrenz haben

Staaten – und regionale Zusammenschlüsse wie die EU – es sich zum Ziel gesetzt, den Zugang zu bestimmten Ressourcen sicherzustellen. Und ein globaler «Krieg um Ressourcen» ist keineswegs gleichbedeutend mit einem schonenden Umgang mit Mensch und Natur.

Auch die Hoffnung auf internationale Abkommen ist trügerisch. Das zeigt insbesondere die Entwicklung der Klimarahmenkonvention in den letzten 20 Jahren. Auf dem internationalen Parkett gibt es erst einmal wenig Miteinander, hier treten die Länder als nationale «Wettbewerbsstaaten» gegeneinander an. Dementsprechend schwierig sind Einigungen zum Schutz der Umwelt zu erzielen. Insbesondere die internationale Klimapolitik droht daran zu scheitern, dass es international nur wenige Gemeinsamkeiten gibt. Die Länder des Globalen Südens und insbesondere die Schwellenländer pochen darauf, ihre Emissionen steigern zu dürfen, weil die Erderwärmung vor allem von den Industrieländern erzeugt worden ist. Die Staaten des Nordens üben ihrerseits Kritik an den «schmutzigen Industrien im Süden». Und alle stellen den Schutz der Umwelt unter den Vorbehalt, dass er nicht das Wirtschaftswachstum schädigen darf. Folge: Statt auf internationalen Konferenzen gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, kämpfen die Staaten dort um die Verteilung von Kosten und Erträgen des Klimaschutzes.

26

Fazit: Natürlich sind der Staat und die internationale Politik wichtig für die Entwicklung hin zu einer solidarischen und nachhaltigen Produktions- und Lebensweise. Doch ist der Staat kein neutraler Akteur. Bislang stützen der deutsche, österreichische oder schweizerische Staat – bei allen sinnvollen Politiken im Einzelnen – vor allem die gar nicht nachhaltigen Renditeinteressen der Unternehmen. Der junge Begriff der «Rohstoffdiplomatie» überdeckt die offen imperialen Ambitionen der deutschen und europäischen Politik. Damit sich Notwendigkeiten und Bedürfnisse wirklich an Mensch und Umwelt orientieren, müssen sich die Kräfteverhältnisse und Orientierungen in der Gesellschaft verändern.

«UNTERNEHMEN SIND DIE MOTOREN DER GREEN ECONOMY»

In der Modellwelt der neoklassischen Ökonomie und der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin gibt es in der «Wirtschaft» zwei Akteure: Unternehmen und KonsumentInnen (oder private Haushalte). Ihnen gibt der Staat Regeln vor, beispielsweise in Hinblick auf Wettbewerb oder Umwelt- und Sozialstandards. In dieser Welt sind die Unternehmen die eigentlichen Motoren gesellschaftlicher Innovation. Das ist beim Modell der Green Economy nicht anders (auch wenn die Rolle des Staates nicht ganz so skeptisch eingeschätzt wird wie in der Lehrbuchökonomie; siehe oben). Unter dem Druck der Konkurrenz durch andere Unternehmen und aufgrund der Nachfrage nach bestimmten Produkten durch die KonsumentInnen, aber auch aufgrund politischer Rahmenbedingungen handeln sie mehr oder weniger nachhaltig.

Ein wichtiges Stichwort ist Unternehmensverantwortlichkeit, neudeutsch: *corporate social responsibility*. «Die freiwillige Finanzierung von Klimaneutralität durch wirtschaftlich leistungsstarke Akteure und ihre Lieferanten, also ein bestimmtes Segment des Privatsektors, ist möglicherweise der Schlüssel für ein funktionierendes Weltklimaregime. Über den Verkauf von Zertifikaten für Stilllegungszwecke können künftig auch die 100 Milliarden Dollar jährlich erschlossen werden, die für den ebenfalls in Kopenhagen verabredeten Weltklimafonds zur Förderung der Zusammenarbeit von Nord und Süd erforderlich sind.»⁵⁸

27

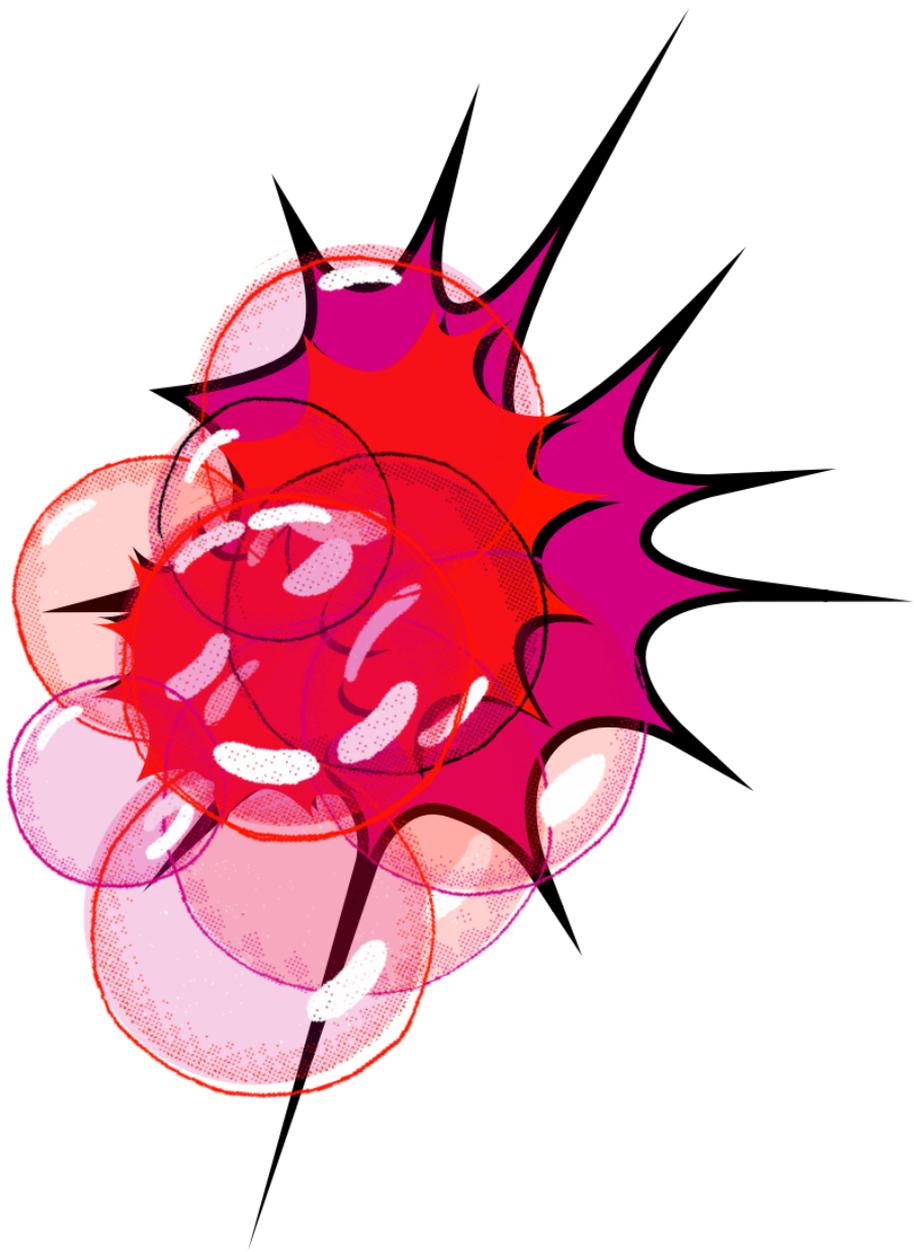
Was ist dran?

Ohne Unternehmen gibt es in der kapitalistischen Marktwirtschaft keinen Umweltschutz und keine nachhaltige Naturnutzung, das ist klar. Es entstehen neue Unternehmen in Branchen wie Solar- und Windenergie. Die großen Energiekonzerne fördern die Forschung und die Entwicklung von ressourcenschonenderen Technologien und Produkten. Unternehmen reagieren auch auf das veränderte Verhalten der KonsumentInnen.

Allerdings spielen viele Unternehmen zunächst eine ganz entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung einer nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweise und verhindern dementsprechend auch Alternativen. Denn insbesondere die privaten Unternehmen müssen bei Strafe ihres Untergangs in der kapitalistischen Konkurrenz und angesichts der Interessen der AnteilseignerInnen Gewinne machen. Das Diktat der Rentabilität erlaubt ihnen häufig keine teure, umweltschonende Produktion. «Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist aufgrund der Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in den nächsten zehn Jahren nicht damit zu rechnen, dass die wesentlichen Impulse für das Fortschreiten des ökologischen Wandels von den Unternehmen selbst ausgehen werden. Eher ist zu erwarten, dass die Entwicklung auf diesem Transformationsfeld durch externe Faktoren angetrieben wird. So lässt sich die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung – zum Beispiel von Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz – durch finanzielle Anreize seitens der öffentlichen Hand positiv beeinflussen.»⁵⁹ Man sollte daher nicht zu viel von den Unternehmen erwarten und immer wieder darauf achten, wann und wo Bemühungen ernsthaft sind oder lediglich *greenwashing*.

Dies wird am Beispiel von British Petroleum (BP) deutlich: Der drittgrößte Ölkonzern der Welt bemühte sich über ein Jahrzehnt um ein umweltbewusstes Image. An der Geschäftspolitik aber änderte sich wenig. Für 45 Millionen US-Dollar kaufte BP 1999 die Fotovoltaikfirma Solarex und nannte sich fortan das «weltgrößte Solarunternehmen». Die grüne Imagekampagne für das Projekt kostete mehr als das Vierfache. Insgesamt steckte das Unternehmen zwischen 2005 und 2009 in seine Sparte «alternative Energien» rund 2,9 Milliarden US-Dollar. Diese Summe entspricht aber nur 4,2 Prozent der Gesamtinvestitionen jener Jahre. «Was BP bislang pro Tag an erneuerbaren Energien erzeugt, ist weniger als ein Zehntel eines Prozents seiner Öl- und Gasproduktion», zitierte *die tageszeitung* einen Bericht des *Wall Street Journals*.⁶⁰ Im selben Zeitraum begann der Konzern auch mit dem besonders umweltschädlichen Ölsandabbau in Kanada. Durch die Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko im Jahr

59 BMUB: GreenTech made in Germany 4.0, S. 168. 60 Staud, Toralf: Greenwash von BP: Klarsicht dank Ölteppich, in: *die tageszeitung*, 25.4.2010, unter: taz.de/!52966.



2010 hat das Unternehmen in Bezug auf seine ökologischen Ambitionen jegliche Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Die nicht-nachhaltigen Interessen der Unternehmen wirken auch in die Gesellschaft zurück. Große Unternehmen und Unternehmensverbände reagieren nicht einfach nur auf die Wünsche der KonsumentInnen, sondern gestalten diese aktiv mit. Produktentwicklung und Marketing wiederum folgen dem Diktum der Rentabilität. Über neue Produkte wird nicht in einem wirtschaftsdemokratischen Prozess entschieden, weder die Beschäftigten noch andere gesellschaftliche Gruppen haben mitzureden. Im Gegenteil: Wo es noch gesellschaftliche Mitbestimmung an der Produktion von Gütern und Lebensmitteln gibt, machen Unternehmen diese häufig zunichte. Die Fixierung auf Privatunternehmen ist auch eine groß angelegte Privatisierungsoffensive. Der Gentechnik-Konzern Monsanto beispielsweise versucht seit etwa 20 Jahren zu verhindern, dass Bauern und Bäuerinnen ihr eigenes Saatgut zurückbehalten. Für Monsanto und andere Giganten der Saatgutindustrie sind die Zielmärkte gerade solche Regionen im Globalen Süden, wo bäuerliche Gemeinschaften ihr Saatgut selbst bereitstellen.⁶¹

Und schließlich reagieren die Unternehmen auch nicht einfach auf die vom Staat gesetzten Regeln, sondern üben aufgrund ihrer ökonomischen Macht erheblichen politischen Einfluss aus. Kurz: Unternehmen sind wichtig für den Umweltschutz und für eine nachhaltige Ressourcennutzung. Um sich aber nicht alleine am Gewinnprinzip des Managements und der Interessen der EigentümerInnen, der Banken und der VermögensbesitzerInnen zu orientieren, sind neben politisch gesetzten Regeln auch eine strenge gesellschaftliche Kontrolle sowie ökologisch sensible Belegschaften nötig, die an grundlegenden Unternehmensentscheidungen beteiligt werden. Ebenso wichtig sind bewusste VerbraucherInnen und eine breite gesellschaftliche Öffentlichkeit, die Unternehmen kritisieren und Alternativen diskutieren, kurz: eine umfassende «Produktionsöffentlichkeit». Der oben erwähnte, in Kopenhagen verabredete Weltklimafonds zur Förderung der Zusammenarbeit von Nord und Süd ist übrigens bis heute weitgehend mittellos.

61 ETC Group: Who will control the Green Economy. ETC Group Communiqué No. 107, Ottawa 2011, unter: www.etcgroup.org/files/publication/pdf_file/ETC_wwwtge_4web_Dec2011.pdf.

«BESCHÄFTIGTE UND GEWERKSCHAFTEN BREMSEN DEN ÖKOLOGISCHEN UMBAU»

Oft hört man: Auch wenn die Green Economy mit «grünen Arbeitsplätzen» lockt, sind es doch die Gewerkschaften, die sich weigern, die Bewältigung ökologischer Probleme systematisch in ihr politisches Programm aufzunehmen. Sie verteidigen in Ländern wie Deutschland, Österreich oder der Schweiz einerseits vehement den «Industriestandort» und damit Arbeitsplätze in klimaschädlichen Wirtschaftsbranchen.

In ressourcenschonenden Sektoren wie der Windenergiebranche sind sie auf der anderen Seite so dreist, sich gegen alle Widerstände für Tarifverträge und Betriebsräte einzusetzen. Damit gefährden sie die neu geschaffenen oder möglichen Absatzplätze, die im globalen Standortwettbewerb mit niedrigen Löhnen an anderen Orten dieser Welt mithalten müssen.

Was ist dran?

Es stimmt: Menschen wie Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, sitzen im Aufsichtsrat des Energieunternehmens RWE. So kommt es, dass jemand, der in der Bundesrepublik dafür prädestiniert wäre hervorzuheben, dass gerade Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor besonders ressourcenschonend und umweltfreundlich sind, sich für einen weiteren Ausbau von Kohletagebauen einsetzt. Gerade in Deutschland halten Gewerkschaften weiter an klimaschädlichen Produktionsweisen fest – trotz der Versprechungen auf neue Arbeitsplätze in der Green Economy.

Die Gründe hierfür sind zum einen im weiterhin starken Wettbewerbskorporatismus zu suchen. Auch die Gewerkschaften stehen im Zweifelsfall für die (meist ökologisch wenig nachhaltige) Sicherung der Standorte Deutschland, Österreich oder der Schweiz. Aufgrund starker Verbindungen zum Management und zu Unternehmenseignern wie auch zu staatlichen Akteuren tun sie sich bislang schwer damit, sich umweltpolitischer und anderer Probleme anzunehmen. Weitere Gründe haben mit gewerkschaftlichen Traditionen zu tun: In der Kohle- und Stahlproduktion etwa wurden einst zentrale Verbesserungen für die Beschäftigten durchgesetzt.

Dennoch geht es darum, jene Kräfte zu stärken, die sich für ein Umdenken in den Gewerkschaften und bei den Beschäftigten einsetzen, die eine gesellschaftliche Verantwortung in Richtung Zukunftsfähigkeit wollen.⁶² Ohne die Gewerkschaften als gesellschaftspolitische Akteure wird es in vielen Ländern keine sozialökologische Transformation geben. Es ist nämlich umkämpft, wie der ökologische Umbau konkret stattfinden soll. Und zwar auch in den Gewerkschaften. Sie vertreten durchaus berechnete Interessen der Lohnabhängigen und im besonderen Maße die ihrer Mitglieder. Dabei sind sie häufig mit dem Dilemma konfrontiert, dass der ökologische Umbau auf Kosten der Beschäftigten stattfindet. Diese Spannung aufzulösen und die Beschäftigten in den sozialökologischen Umbau einzubeziehen, wird zentral sein.

Zudem: Längst gibt es Ansätze in anderen Teilen dieser Welt, die in ihren politischen Kämpfen beide Aspekte verbinden. Mit dem Dreck umweltschädlicher Industrien sind nicht nur die Lohnarbeitenden konfrontiert, sondern auch die Menschen, die in diesen Regionen leben. Sie kämpfen für einen Umbau der Produktions- und Lebensweise, die ökologisch ist sowie gute und gesundheitsverträgliche Arbeitsbedingungen schafft. Es wird also das gesellschaftliche Umfeld mitgedacht.

Auch hier wird in den Gewerkschaften die Forderung nach einem grundlegenden Strukturwandel hörbarer: Welche Perspektiven können Regionen haben, wenn etwa der Kohleausstieg durchgesetzt würde? Die bundesdeutschen, österreichischen und Schweizer Gewerkschaften nehmen dabei eine besondere Rolle ein. Sie haben im weltweiten Vergleich sehr hohe Mitgliederzahlen und damit potenziell eine große Durchsetzungsmacht. Schließlich wäre zu berücksichtigen: Eine Wirtschaftsweise, die weiter am kapitalistisch getriebenen Wachstum festhält, wird ökologisch zerstörerisch bleiben. Und sie wird tendenziell weiter dafür sorgen, dass soziale Ungleichheit existiert und sich verschärft. Das bedeutet häufig auch, dass arme Menschen diejenigen sind, die eingeschränkten Zugang zu

62 Vgl. beispielhaft zu vielen spannenden Ansätzen das Schwerpunktheft 2/2015 «Gutes Leben für alle» der Zeitschrift *Wirtschaft & Umwelt* der österreichischen Bundesarbeiterkammer; unter: http://akwien-ftp.arbeiterkammer.at/akfs/WUM_02_2015/.

Gütern wie Wasser oder Strom haben. Und es bringt mit sich, dass gerade sie umso mehr Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen.

Fazit: Für die Gewerkschaften bedeutet dies, dass es allerhöchste Zeit wird, ihr gesellschaftspolitisches Mandat wieder wahrzunehmen. Sie fokussieren sich schon viel zu lang nur auf den Erhalt ihrer Kernbelegschaften in bestimmten wirtschaftlichen Teilsektoren. Viele Erfahrungen zeigen, dass arbeitspolitische Kämpfe auch mit ökologischen Zielen in Einklang gebracht werden können. Dafür muss jedoch die Form der Politik geändert werden. Auch eine intakte Umwelt liegt im Interesse von Beschäftigten, und nicht allein ihr Arbeitsplatz.⁶³

Daher sollte der Ort sowohl gewerkschaftlicher Politik als auch der sozialökologischen Transformation nicht allein das Wirtschaftsunternehmen und die jeweilige Branche sein. Vielmehr muss auch das Lebensumfeld der Lohnarbeitenden mit einbezogen werden. Was ist mit dem durch den Braunkohletagebau produzierten Feinstaub, der die Gesundheit der Beschäftigten und der anwohnenden Menschen belastet? Liegt es im Interesse der Beschäftigten, die Ortschaften wegzubaggern, in denen ihr soziales Umfeld lebt?

Das erfordert auch ein Umdenken innerhalb der Gewerkschaften und unter den Beschäftigten. Die Fixierung auf die formelle Erwerbsarbeit erweist sich als unzureichend. Veränderungen in der Wirtschaftsweise müssen konkret bei denen beginnen, die die eigentliche Wirtschaftsleistung erbringen. Das betrifft sowohl die produzierenden Tätigkeiten als auch die Sorgearbeit. Hier sind gesellschaftliche Diskussionen darüber nötig, was wir angesichts der sozialökologischen Krise *und* im Hinblick auf ein gutes Leben für alle produzieren und konsumieren wollen.

⁶³ Vgl. dazu etwa das vom österreichischen Klima- und Energiefonds finanzierte und an der Universität Wien angesiedelte Forschungsprojekt «Die Rolle von Gewerkschaften und Arbeitnehmer_innen-Interessen bei der Gestaltung einer sozial-ökologischen Gesellschaft», unter: <http://trafo-labour.univie.ac.at/>.

«GRÜNES GELD FÖRDERT DIE GRÜNE WIRTSCHAFT»

In der Green Economy soll Kapital aus den «schmutzigen Sektoren» in die «grünen Bereiche» gelenkt werden.⁶⁴ Dafür sind gewaltige Investitionen in die Bereiche Energie, Infrastruktur und Landwirtschaft nötig sowie für die Entwicklung nachhaltiger Industriegüter. Das Geld dafür sollen Banken und Investmentfonds bereitstellen – per Kredit oder durch eigene Projekte. Neben sinnvollen Investitionstätigkeiten zur Förderung erneuerbarer Energien oder der Gebäudesanierung sollen sie Land kaufen für den Anbau von Pflanzen wie Ölpalmen, Zuckerrohr, Soja oder Mais für die Herstellung von Agrartreibstoffen.

Das Umweltbundesamt schreibt, dass nach Jahren der von der Realwirtschaft «entkoppelten» Finanzmärkte deren Rolle überdacht werden muss. Sie sollten «grüne» Investitionen finanzieren und sichern. «Denn bemerkenswerter Weise existieren in Zeiten erheblicher notenbankinduzierter Geldmengenausweitungen in vielen Ländern gleichzeitig Finanzierungsengpässe für die gesamte Volkswirtschaft und damit auch für eine Green Economy, da sowohl öffentliche Haushalte als auch «grüne» Unternehmen von Verschuldung und damit Mittelknappheit bedroht werden können (erstere wegen des Zwanges zum Schuldenabbau, letztere wegen der oft knappen Eigenkapitalbasis von Banken, die eine restriktivere Kreditvergabe mit sich bringt).»⁶⁵

Was ist dran?

In der Tat scheint das Kapital zunehmend in neue Bereiche zu gehen.⁶⁶ Das ist grundsätzlich begrüßenswert. Diese Entwicklung muss jedoch im Lichte der Finanzialisierung der Wirtschaft betrachtet werden, die seit den 1980er Jahren zunimmt. Der Begriff der Finanzialisierung bezeichnet nicht nur die Zunahme der Spekulation, sondern allgemeiner «die wachsende Rolle finanzieller Motive, der Finanzmärkte, der Finanzakteure und -institutionen».

⁶⁴ UNEP: Towards a Green Economy. ⁶⁵ Lutz et al.: Green Economy, S. 136. ⁶⁶ Zeller, Christian: Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals, in: Schmieder, Falko (Hrsg.): Zur Kritik der politischen Ökologie, Bern/Berlin 2010, S. 103 ff.

nen»⁶⁷ in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Das Anlage suchende Finanzkapital ist im Zuge der Deregulierung des Finanzsektors stark gewachsen. Neue Finanzprodukte wurden eingeführt, die Altersvorsorge wurde (teil-)privatisiert. Die gestiegenen Gewinne vieler Unternehmen, die gewachsenen privaten Vermögen und die riesigen Außenhandelsüberschüsse der Schwellenländer – all diese Summen suchen nach rentablen Anlagemöglichkeiten.

Die Finanzialisierung betrifft auch die Bereiche Ressourcen und Ökologie. Kapital wird vermehrt in Rohstoff- und Energieunternehmen sowie an Warenterminbörsen angelegt, und zwar auch von als konservativ geltenden InvestorInnen wie Pensionsfonds, Lebensversicherungen und Stiftungen.⁶⁸ Auch der Emissionshandel ist eine Anlagesphäre. Die Weltbank schätzte den absoluten Wert des globalen Karbonmarkts im Jahr 2011 auf 142 Milliarden US-Dollar.⁶⁹

Nicht nur die Ökonomie der «alten» Ressourcen, sondern auch die Green Economy scheint also ein gutes Geschäft für das Investmentkapital zu sein. Die wachsende Macht des Finanzkapitals wird in Zukunft verstärkt die Frage aufwerfen, ob die Politik die Wirtschaft steuert oder ob es nicht eher die starken Marktakteure sind, die sich der Politik bedienen, um eigene Interessen durchzusetzen. Zudem drängt der mächtige Trend der Finanzialisierung der Natur Alternativen an den Rand: Wenn Kapital in den Kauf von Land fließt, damit Pflanzen für «saubere» Agrartreibstoffe angebaut werden können, haben es Kleinbauern und -bäuerinnen schwer, sich zu behaupten.⁷⁰ Die StrategInnen der Green Economy müssten sich der Tatsache bewusst sein, dass das nach Verwertungsmöglichkeiten suchende Kapital ökonomische und gesellschaftliche Macht ausübt. Es strebt in den meisten Fällen nach hoher Rendite und nicht danach, die enormen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu bearbeiten. In einer vor einigen Jahren vom BUND und von der NGO Sandbag veröffentlichten Studie zur Klimapolitik wird gezeigt, «dass der Emissionshandel keineswegs zu höheren Kosten für die In-

67 Epstein, Gerald A.: *Financialization and the World Economy*, London 2005, S. 3; *Journal für Entwicklungspolitik* 2/2014: *The Financialization of Land, Food, and Nature*; Kill, Jutta: *Ökonomische Bewertung der Natur. Der Preis für Naturschutz?*, Brüssel 2015. 68 Vgl. Schneeweiß, Antje: *Spekulation im Schatten. Nachhaltigkeit und Investitionen in Rohstoffe*, Siegburg 2011. 69 Vgl. <https://sandbag.org.uk/>. 70 Pichler, Melanie: *Umkämpfte Natur. Politische Ökologie der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien*, Münster 2014.

dustrie geführt hat, sondern im Gegenteil zu einem «Goldesel» mutiert ist – er hat ihnen große Überschüsse an Verschmutzungsrechten beschert, die die Betriebe gewinnbringend verkaufen konnten oder die sie vor künftig anfallenden CO₂-Kosten schützen.»⁷¹ Es wurden dafür Unternehmen untersucht, die in Deutschland produzieren. Sie haben «durch den Emissionshandel Gewinnmöglichkeiten in Höhe von insgesamt bis zu 1,2 Milliarden Euro erhalten».⁷²

Allein die neun «in Deutschland tätigen Raffinerien, Chemiefabriken und Unternehmen aus der Eisen- und Stahl- sowie der Zementindustrie verfügen über eine Milliarde ungenutzter CO₂-Zertifikate, die sie kostenlos zugeteilt bekommen haben. Im europäischen Emissionshandelssystem gibt es aktuell nach Einschätzung der EU-Kommission rund zwei Milliarden CO₂-Zertifikate mehr, als sie die in der EU tätigen Unternehmen verbrauchen können.»⁷³

«DEUTSCHLAND KANN SEINE STELLUNG ALS WELTMARKTFÜHRER BEI GRÜNEN TECHNOLOGIEN AUSBAUEN»

Das Bundesumweltministerium stellt fest, dass deutsche Unternehmen, die im Bereich der Umweltechnik aktiv sind, derzeit Weltmarktanteile zwischen sechs und 30 Prozent innehaben und diese wahrscheinlich sogar noch ausbauen werden. Der Leitmarkt Umweltfreundliche Energien und Energiespeicherung, so wird geschätzt, könnte bis 2020 auf über 600 Milliarden Euro anwachsen.⁷⁴

«Die deutschen Anbieter von Produkten, Verfahren und Dienstleistungen der Umweltechnik und Ressourceneffizienz zeigen eine starke Präsenz auf internationalen Märkten: Die Auswer-

71 Morris, Damien – BUND/Sandbag: Der Klimagoldesel 2013. Die größten Profiteure des Emissionshandels in Deutschland, Berlin u. a. 2013, S. 3, unter: www.bund.net/themen_und_projekte/klima_energie/emissionshandel/studie_klimagoldesel/; vgl. auch FERN – Kill, Jutta/Ozinga, Saskia/Pavett, Steven/Wainwright, Richard: Trading carbon: How it works and why it is controversial, Brüssel u. a. 2010, unter: www.fern.org/sites/fern.org/files/tradingcarbon_internet_FINAL.pdf. **72** Morris/BUND/Sandbag: Der Klimagoldesel 2013. **73** Dehmer, Dagmar: Schwerindustrie profitiert vom Emissionshandel, in: Der Tagesspiegel, 17.3.2014, unter: www.tagesspiegel.de/wirtschaft/europaeische-klimapolitik-schwerindustrie-profitiert-vom-emissionshandel/9623656.html. **74** BMUB: GreenTech made in Germany 4.0, S. 3.

tung der Unternehmensdaten hat für die GreenTech-Branche insgesamt eine Exportquote von 39 Prozent ergeben; das heißt, 39 Prozent des Umsatzes in dieser Querschnittsbranche werden im Ausland erwirtschaftet. Das entspricht in etwa der Exportquote der deutschen Wirtschaft, die 2013 bei 40 Prozent lag.» Hauptgrund dafür ist ein großer Technologievorsprung bei ressourceneffizienten Technologien.⁷⁵

Das nützt auch der Wettbewerbsfähigkeit: «Deutschen Unternehmen kommt die weltweit zunehmende Nachfrage nach «grünen» Produkten, Verfahren und Dienstleistungen in besonderem Maße zugute. Denn in diesen Leitmärkten sind deutsche Unternehmen bereits heute exzellent vertreten und auch für die Zukunft sehr gut aufgestellt. Umwelttechnik und Ressourceneffizienz sorgen mehr und mehr für ein neues und nachhaltiges Wachstum, nicht zuletzt durch die beachtlichen Export-Perspektiven.»⁷⁶

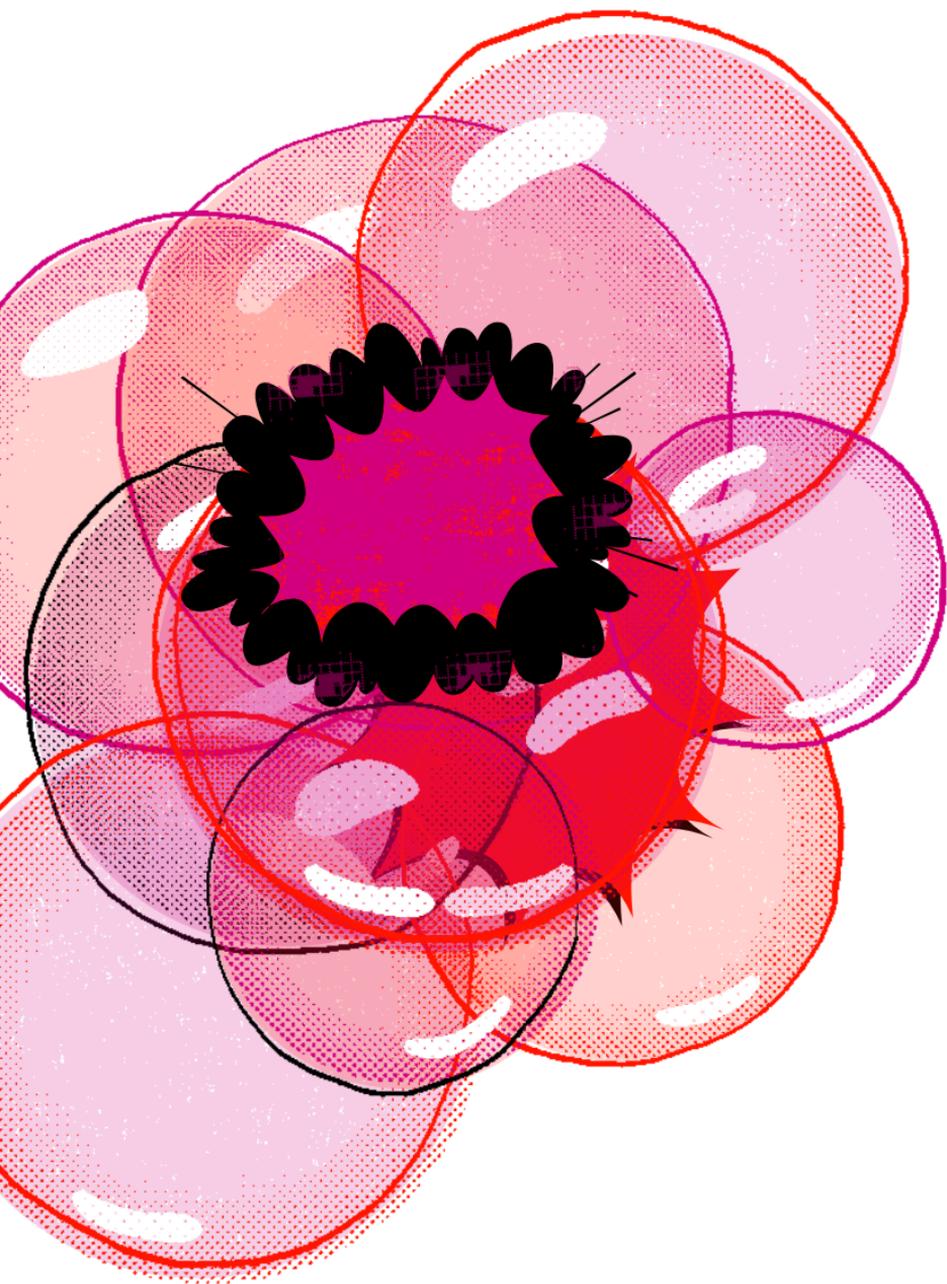
Was ist dran?

Nicht nur für ein Land wie Deutschland mit seiner starken Industrie ist die Entwicklung von Umwelttechnologien wichtig und wünschenswert. Die Idee der Green Economy besteht darin, das Prinzip der Weltmarkt- und Innovationskonkurrenz zu «begrünen» und durch staatliche Politiken zu unterstützen.

37

Allerdings müsste **erstens** genauer gefragt werden, von welchen Produkten hier überhaupt die Rede ist. Sind diese wirklich die richtigen, um auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft voranzukommen? Elektromotoren etwa werden mitunter der Green Economy zugerechnet, obwohl sie das Prinzip der Automobilität nicht infrage stellen. Offshore-Windanlagen, welche die Monopole der großen Stromkonzerne zementieren und teils katastrophale ökologische Folgen haben, sind ein weiteres Beispiel für die Ambivalenz grüner Technologien. Damit gehen Konflikte um die Art und Weise des Stromtransports von den Küsten weg in die Verbrauchszentren einher.

Zweitens haben wir in den letzten Jahren in einem zentralen Bereich des Energiesektors, der Solarbranche, beobachtet,



dass sich die Produktion von Solarenergiemodulen trotz deutscher Hightechindustrien zunehmend nach China verlagerte. Der Grund: Dort ist die Produktion günstiger. Es geht also offenbar nicht nur um Technologien, sondern auch um die Lohnhöhe und die Verfügbarkeit von Ressourcen. Dass China Deutschland hier den Rang abläuft, wird häufig als Niederlage Deutschlands gedeutet. Im Sinne des Klimaschutzes allerdings wäre es egal, aus welchem Land die Solarmodule kommen (die Umwelt- und Sozialstandards in China sind dabei jedoch zu kritisieren). Der deutschen Politik geht es offensichtlich weniger um den Klimaschutz als um deutsche Exporterfolge.

Drittens sollte beim Lob der Wettbewerbsfähigkeit nicht vergessen werden, dass Wettbewerb nicht nur Innovationen produziert. Bei jedem Wettbewerb gibt es auch VerliererInnen. Viele Menschen in weniger innovationsstarken Ländern werden in den Status von Ressourcenlieferanten für die Green-Tech-Industrie von Ländern wie Deutschland gedrängt. Sie bleiben arm und verharren in Abhängigkeit. Das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften, das sehen wir aktuell in Europa, führt zu Krisen und zur Entwertung produktiver Strukturen, zu Arbeitslosigkeit und Armut. Hinter der Rede von der «technologischen Führerschaft» steht das Streben nach globaler Dominanz. Der Umweltschutz soll in den Dienst der deutschen beziehungsweise europäischen Führungsrolle gestellt werden – nicht umgekehrt.

Viertens: So wichtig die Entwicklung neuer Technologien ist, unter Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz bleiben sie ein zentraler Faktor der Konkurrenzfähigkeit ihrer Unternehmen oder Länder. Das steht ihrer kooperativen Weitergabe im Wege. Für den Umweltschutz wäre es am besten, alle Länder verfügten über die jeweils sauberste Technologie. Doch die Technologie, ihr Preis und möglicherweise das Monopol darüber sind selbst Teil des globalen Wettbewerbs, sie sollen profitabel eingesetzt werden. Die ökonomisch Mächtigen und ihre politischen VertreterInnen bevorzugen tendenziell große und kapitalintensive Technologien, die sie kontrollieren können. Sie behindern vielfach sanfte und lokal angepasste Technologien und nicht technologische Orientierungen wie jene an Suffizienz, an denen deutsche Exporteure kaum verdienen.

Fünftens benötigt man für die Produktion von Hochtechnologien oft seltene oder selten werdende Rohstoffe. Das verschärft die geökonomische und geopolitische Konkurrenz um Ressourcen, was wiederum zu Konflikten führen kann.

11

«MIT DEM EINKAUFSKORB KÖNNEN WIR UNTERNEHMEN ZUM UMWELTSCHUTZ ZWINGEN»

In vielen Beiträgen zur Green Economy wird darauf hingewiesen, dass es in der Gesellschaft längst einen Wertewandel hin zu ökologischen Produkten und Lebensweisen gibt. «Die repräsentative Umfrage für die Studie Umweltbewusstsein in Deutschland 2012 hat ergeben, dass über ein Drittel der Deutschen noch nie Bio-Produkte gekauft hat. Entweder hielten die Befragten Bio-Erzeugnisse für zu teuer oder stellten deren Vorteile infrage. Betrachtet man jedoch die Statistiken des Einzelhandels, wird diese ablehnende Haltung zumindest etwas relativiert: Der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln in Deutschland ist zwischen 2004 und 2013 von 3,5 Milliarden Euro auf 7,55 Milliarden Euro gewachsen. Im Jahr 2013 gaben deutsche Haushalte etwa sieben Prozent mehr Geld für Bio-Lebensmittel und Getränke aus. Diese Entwicklung kann als Indikator für eine Veränderung des Verbraucherverhaltens im Sinne der Grünen Transformation gedeutet werden.»⁷⁷ Die relativen Anteile in Österreich sind sogar noch höher.

Daran wolle man anknüpfen. Auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sieht in den sich herausbildenden «postmateriellen Werten»⁷⁸ eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Wirtschaft. Die VerbraucherInnen sollten die Unternehmen mit der Macht ihrer Kaufentscheidungen zur Produktion «sauberer» Produkte zwingen. Stichwort: «Konsumentensouveränität». Dafür sollen Informationen bereitgestellt und ein größeres Bewusstsein geschaffen werden.⁷⁹

Was ist dran?

Individuelles Handeln, Verantwortung und damit verbundene Lernprozesse sind wichtig. Das betrifft auch die Entscheidungen darüber, was konsumiert wird. Brauche ich immer das neueste Mobiltelefon? Wie häufig sind Flugreisen notwendig? Aber: Bevor die Macht der VerbraucherInnen und des vermeintlich selbstbestimmten «König Kunde» gefeiert wird,⁸⁰ bleibt **erstens** festzuhalten: In der kapitalistischen Ökonomie bestimmen die Unternehmen über Forschung und Entwicklung, über Produkte und Produktionsverfahren. Unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen etwa ein Mobiltelefon produziert wird und aus welchen Bestandteilen es montiert wird, entscheiden meist die Unternehmen und damit die Investoren und Banken mit ihren Renditeerwartungen. Die vielen kleinen und mittelgroßen Pioniere eines anderen Wirtschaftens haben es oft schwer, sich in der Konkurrenz zu behaupten.

Das den VerbraucherInnen vorliegende Gut ist **zweitens** oft das Ergebnis einer langen Produktionskette mit vielen Zulieferfirmen, die sich um den ganzen Globus spannt. Wie nachhaltig die einzelnen Glieder dieser Kette produzieren, können die KonsumentInnen kaum überblicken, und in der Regel gibt es hierüber keine oder wenig Informationen. Eingeschränkt wird die Verbrauchermacht auch dadurch, dass Unternehmen versuchen, ihren Produkten einen «grünen Anstrich» zu geben – oft zu Unrecht, wie nicht nur die vielen Lebensmittelskandale belegen.

Drittens: Die Macht der VerbraucherInnen bestimmt also weitgehend der Inhalt ihres Geldbeutels. Wer mehr Geld hat, kann sich freiwillig entscheiden: Möchte ich wieder den Langstreckenflug für meinen Jahresurlaub buchen oder mache ich doch Urlaub an der Ostsee? Für arme Menschen stellt sich diese Frage gar nicht: Sie *müssen* verzichten. Mäßigung, Suffizienz oder Verzicht sind zwar wichtige Leitbilder für eine sozialökologische Transformation. Sie müssen aber berücksichtigen, dass Menschen sich nur auf Basis selbstbestimmter Entscheidungen dafür gewinnen lassen.⁸¹

Viertens können die VerbraucherInnen nicht immer wählen. Wenn etwa die lokale Bahn ihren Dienst einstellt, müssen die Betroffenen aufs Auto umsteigen. Wenn der Arbeitsalltag sich verdichtet, bleibt weniger Zeit, um sich Essen zuzubereiten. Wenn die industriell produzierten und aufwendig verpackten Lebensmittel billiger sind, haben arme Menschen deutlich weniger Auswahl als andere.

12

«DIE GREEN ECONOMY BIETET DEM SÜDEN ENTWICKLUNGSCHANCEN»

Eine Green Economy ist dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zufolge nicht nur ein Mittel gegen Klimawandel und Energieunsicherheit, sondern weist Ländern des Globalen Südens auch den Weg aus der Armut. Sie reduziere den Ausstoß von CO₂, fördere Ressourcen- und Energieeffizienz und dämme die Umweltzerstörung ein. Die Südländer könnten umweltfreundliche Produkte exportieren und ökosystemare Dienstleistungen – wie den Schutz der Wälder – anbieten. Zudem würde die Verletzbarkeit (Vulnerabilität) schwächerer Bevölkerungsgruppen, die tendenziell eher von Ressourcenknappheit und negativen Umweltbedingungen betroffen sind, verringert. Soziale Belange zu berücksichtigen, wird als Strategie des *inclusive green growth* bezeichnet. Wenn Wirtschaftswachstum und Investitionen nicht mehr zulasten der Umwelt gingen, dann könnten reiche und arme Länder zugleich mehr nachhaltige Entwicklung erzielen.⁸² So zumindest die Hoffnung.

42

Was ist dran?

Selbst die MitarbeiterInnen des UNEP ahnen, dass es so einfach nicht ist.⁸³ **Erstens:** Tatsächlich hat der Aufschwung in vielen Ländern des Südens Millionen Menschen aus der Armut befreit. Doch auch in der aktuellen Krise gilt vielfach: Das beeindruckende Wirtschaftswachstum einiger Länder des Südens basiert auf

⁸¹ Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan: Lebenszufriedenheit steigt mit der Höhe der Konsumausgaben. Analysen zur Struktur von Konsumausgaben und subjektivem Wohlbefinden, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 51, 2014, S. 1–6. ⁸² UNEP: Towards a Green Economy, S. 16.

nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen, nämlich auf einer nachholenden Industrialisierung, und erzeugt in den Ländern zunehmende ökologische Probleme.⁸⁴ China zum Beispiel erzielt enorme Wachstumsraten ja gerade dadurch, dass das Land zu geringen Löhnen und häufig unter ökologisch schlechten Bedingungen produziert – das betrifft übrigens auch die Produktion von Solarpanelen für die Green Economy.⁸⁵

Zweitens: Seit den Strukturanpassungen der 1980er Jahre sind viele afrikanische und lateinamerikanische sowie einige asiatische Länder auf den Status von Rohstofflieferanten des Nordens verwiesen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom Entwicklungsmodell des «Neo-Extraktivismus».⁸⁶ Das ändert sich auch mit der Green Economy nicht, die ebenfalls Ressourcen benötigt, etwa «nachhaltige» Agrartreibstoffe aus Mais, Soja oder Palmöl. Zudem ermöglicht der Neo-Extraktivismus, der zuvorderst Länder des Globalen Südens betrifft, im Globalen Norden die Fortführung einer nicht-nachhaltigen Lebensweise. Ja mehr noch: «Mit dem Clean Development Mechanism (CDM) ist es Unternehmen aus den Industriestaaten möglich, Projekte zur Treibhausgasreduktion im Globalen Süden zu finanzieren und sich diese Reduktion als eigene anrechnen zu lassen. Anstatt CO₂-Emissionen in den Verursacherländern zu vermeiden, erfolgt die Vermeidung in Ländern, in denen sie wenig kostet. Unliebsame Reduktionsmaßnahmen werden somit von Nord nach Süd verlagert und damit (neo-)koloniale Strukturen etabliert und aufrechterhalten.»⁸⁷

Drittens führt Rohstoffproduktion historisch und aktuell immer wieder zu schweren Konflikten. So werden etwa in der Volksrepublik Kongo viele Rohstoffe wie Coltan, das für die Elektronik in Mobiltelefonen und Laptops gebraucht wird, illegal abgebaut und dienen zur Finanzierung blutiger Kriege. Da auch in einer

⁸³ Ebd. ⁸⁴ International Institute for Sustainable Development & UNEP: Trade and Green Economy, S. 20. ⁸⁵ Blume, Jutta/Greger, Nika/Pomrehn, Wolfgang: Oben hui, unten pfui? Rohstoffe für die «grüne» Wirtschaft: Bedarfe – Probleme – Handlungsoptionen für Wirtschaft, Politik & Zivilgesellschaft, Berlin 2011, unter: power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2011/08/PowerShift-ForumUE-StudieRohstoffe-Gr%C3%BCneWirtschaft-2011web_klein.pdf. ⁸⁶ Brand, Ulrich/Dietz, Kristina: Dialektik der Ausbeutung. Der neue Rohstoffboom in Lateinamerika, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2013, S. 75–84; Brand, Ulrich: Lateinamerika in der Rohstoff-Falle, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2015, S. 33–36. ⁸⁷ BUKO: Still not loving COPs. Thesenpapier des Arbeitskreises Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Hamburg 2015, S. 4.

Green Economy der Bedarf an diesen Rohstoffen weiter bestehen wird, wird es auch weiterhin zu Kämpfen rund um die Ressourcenausbeutung kommen.⁸⁸

Viertens: Von der Rohstoffförderung profitieren in vielen Förderstaaten vor allem die schmalen Mittel- und Oberschichten (Lateinamerika bildet hier eine gewisse Ausnahme). Die lokale Bevölkerung dagegen hat meist wenig von der Ausbeutung der Ressourcen, muss aber in der Regel die negativen ökologischen Konsequenzen maßgeblich tragen. Die Folge: Trotz aller Errungenschaften in den Schwellenländern in den Bereichen Gesundheit und Bildung nimmt die soziale Ungleichheit global zu.⁸⁹ Und wachsende soziale Ungleichheit fördert nicht-ökologisches Handeln.

VertreterInnen von Südländern warnen davor, dass die Strategien der Green Economy hinter den Anspruch der Konferenz von Rio 1992, Entwicklungsfragen als Verknüpfung ökonomischer, sozialer und ökologischer Perspektiven zu sehen, zurückfallen. Es bestehe die Gefahr, dass bei den Vorschlägen der Green Economy Verteilungsfragen außen vor blieben. Länder des Nordens können zudem mit Verweis auf Umweltstandards Handelsschranken gegen den Süden rechtfertigen und gleichzeitig in den Südländern die Öffnung der Märkte für «saubere Technologien» erzwingen.

Die schwächeren Regionen und Länder aus ihrer Abhängigkeit zu befreien und alternative Produktionsweisen zu stärken – diese zentralen Aspekte lässt die Green Economy außen vor. Die Technologieführerschaft bleibt im Globalen Norden und sichert dessen Wettbewerbsfähigkeit. Stattdessen suggeriert das Konzept, man könne tatsächliche Nachhaltigkeit mit ökologischem und sozialem Ausgleich allein durch einen «grünen» Wirtschaftsschwerpunkt erreichen. Dies funktioniert aber nur über eine stärkere demokratische Gestaltung des Weltmarktes und der Weltpolitik, entsprechende Ausgleichsmechanismen und eine Abkehr vom Wachstums- und Wettbewerbsimperativ.

88 Blume et al.: Oben hui, unten pfui? **89** Vgl. United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 2011, New York 2011, S. 28, unter: hdr.undp.org/sites/default/files/reports/271/hdr_2011_en_complete.pdf.

«DIE GREEN ECONOMY BEKÄMPFT ARMUT»

In den offiziellen Stellungnahmen der Vereinten Nationen ist stets von einer Green Economy «im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung» die Rede. «Umweltzerstörung und Armut können durch die Anwendung grüner Landwirtschaftsmethoden gleichzeitig angegangen werden.»⁹⁰ Bedeutsam seien nachhaltige Forstwirtschaft und ökologische Landwirtschaft insbesondere für die Subsistenzlandwirtschaft, von der der Lebensunterhalt von 1,3 Milliarden Menschen abhängt.⁹¹

Auch in den im September 2015 verabschiedeten «Zielen nachhaltiger Entwicklung» der UNO (*sustainable development goals*) steht die Armutsbekämpfung im Zentrum. Erreicht werden soll diese unter anderem über ein «dauerhaftes, inklusives Wachstum».⁹²

Was ist dran?

Auch hier besteht Anlass zu Skepsis. Denn die Gründe für Armut bestehen auch in der Green Economy weiter: ungleicher Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsdienstleistungen, ungleiche Einkommensmöglichkeiten und ungleicher Zugang zu Krediten. Es fehlen Investitionen in die Landwirtschaft, um die Produktivität zu erhöhen, um die Bauern und Bäuerinnen zu ernähren und ihnen angemessene Preise für ihre Produkte zu zahlen. All dies sind die Ergebnisse der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in vielen Ländern und auf internationaler Ebene.⁹³

Die Erfahrungen mit «nachhaltiger Entwicklung» sind nicht überall positiv. Nicht nur, dass Klimawandel, Artensterben, Abholzung und Wüstenbildung fortschreiten. Die vielen gut gemeinten Ansätze führten aufgrund bestehender Machtverhältnisse oft zur Zunahme von Armut. So gibt es viele Fälle, in denen indigene Völker wegen ihrer angeblich nicht-nachhalti-

90 UNEP: Towards a Green Economy, S. 36. 91 Ebd. 92 Vgl. <https://sustainabledevelopment.un.org/>. 93 Vgl. Lander, Edgardo: El lobo se viste con piel de cordero, in: América Latina en movimiento online, 11.10.2011, unter: www.alainet.org/es/active/50100; Moreno, Camila: Las ropas verdes del rey. La economía verde: una nueva fuente de acumulación primitiva, in: Lang, Miriam et al. (Hrsg.): Alternativas al Capitalismo/Colonialismo del Siglo XXI, Quito 2013, S. 63–97.

gen Lebensweise von ihrem Land vertrieben wurden (anstatt dort nachhaltig zu wirtschaften). Etwa wenn Naturschutzgebiete eingerichtet werden, in denen niemand mehr in natürliche Prozesse eingreifen darf. In anderen Fällen sorgen Unternehmen dafür, dass Menschen vertrieben werden, weil sie sich Zugang zu natürlichen Ressourcen verschaffen wollen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, steht die Frage sozialer Gleichheit nirgends im Zentrum der grünen Ökonomie.⁹⁴ Insbesondere die Frage der Umverteilung des bestehenden Reichtums ist ein Tabu – die Wunderwaffe heißt Wachstum, und niemand fragt genauer danach, wem dieses zugute kommt. Die bestehenden Strukturen der Ungleichheit bleiben unangetastet.

Ob «grün» oder nicht – die entscheidende Frage bleibt, ob die Ursachen von Armut und Ungleichheit angegangen und ob die wirtschaftlichen und politischen Strukturen entsprechend verändert werden. Noch dominieren Entwicklungen, die eher zu einer Machtkonzentration bei den Unternehmen des Landwirtschafts- und Lebensmittelsektors führen. Wir erleben unter dem Label von grüner Technologie die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut. Menschen werden enteignet und ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubt. Kleinbauern und -bäuerinnen verlieren ihr Land und müssen sich als TagelöhnerInnen auf Plantagen verdingen, auf denen Pflanzen für Agrartreibstoffe angebaut werden.⁹⁵

Die Zurückdrängung von Armut ist also eine Frage der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse. Gleichzeitig scheinen es die mächtigen politischen und ökonomischen Akteure mit der Armutsbekämpfung nicht so ernst zu nehmen. So behauptet die Bundesregierung in ihrer Rohstoffstrategie zwar, dass es ihr auch um gerechte Entwicklungschancen der Extraktionsländer gehe. Dominierendes Motiv der Strategie ist aber die Sicherung der Rohstoffbasis der deutschen und europäischen Wirtschaft. Das belegt eine Kooperation mit Kasachstan: 50 Verträge mit einem Gesamtvolumen von 4,5 Milliarden Eu-

94 Herman: Green new deal. 95 Vgl. International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD): Global Report, Washington D.C., 2009.

ro wurden beim Staatsbesuch von Kanzlerin Merkel im Februar 2012 abgeschlossen. «Für die Versorgung von Rohstoffen ist Kasachstan für Deutschland ein idealer Partner. In dem zentralasiatischen Land sind nahezu alle relevanten Industriemetalle zu finden», schrieb Ralf Heß bereits im Frühjahr 2011 in der Onlinezeitschrift *Telepolis*.⁹⁶ Armutsbekämpfung und Menschenrechte stehen für die autoritäre Regierung auf der Liste der politischen Prioritäten ganz weit unten.

FAZIT

ANGESICHTS DER FALSCHEN VERSPRECHEN DER GREEN ECONOMY: EINE SOZIALÖKO- LOGISCHE TRANSFORMATION IST NÖTIG (UND MÖGLICH)!

Die Green Economy soll allgemeine Harmonie stiften. Ökonomie und Ökologie soll sie versöhnen: Die Natur soll geschützt, die Armut reduziert und das Wirtschaftswachstum gestärkt werden. Zudem wird versprochen, dass mit ihrer Ausweitung gute Arbeitsplätze entstehen werden. Die fortschreitende Naturzerstörung sowie zunehmende Konflikte und soziale Ungleichheit zeigen jedoch: So einfach funktioniert das nicht.

Und zwar vor allem, weil der kapitalistische Wachstumszwang, die Dominanz des Profitprinzips und die damit verbundenen mächtigen Interessen den hehren Zielen immer wieder einen Strich durch die Rechnung machen. Die Green Economy ist ein Versprechen, den Kapitalismus «grün» zu modernisieren. Die kapitalistische Logik von Konkurrenz und Wettbewerb oder die Machtverhältnisse, die zugunsten der Unternehmen organisiert sind, bleiben dabei unangetastet.⁹⁷ Es wird zwar an die KonsumentInnen appelliert, sich ökologischer zu verhalten, aber die in der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise angelegten antiökologischen Prinzipien will man beibehalten.

Die Green Economy – so wie sie derzeit gefördert wird – versöhnt die kapitalistischen Unternehmen nicht mit dem Klima und das (welt-)gesellschaftliche Oben nicht mit dem Unten. Das Unterfangen kann so einseitig nicht funktionieren, sondern erinnert allenfalls an das Sprichwort: «Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.»

Insgesamt kann die Entstehung des Konzepts der Green Economy nur im Zusammenhang mit den offensichtlichen Problemen globaler Umweltpolitik sowie mit der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise verstanden werden. Nach dem Ende des Kalten Krie-

ges schaffte es die Staatengemeinschaft auf dem Erdgipfel von Rio 1992, einen historischen Kompromiss zu erzielen. Der Begriff der «nachhaltigen Entwicklung» sollte die Positionen des Globalen Nordens und Südens miteinander versöhnen.

Ökologie, Soziales und Ökonomie sollten gleichwertig behandelt und in Einklang gebracht werden. Auch künftige Generationen und deren Lebenschancen sind im Leitbild der «nachhaltigen Entwicklung» zentral.⁹⁸ Trotz aller problematischen Annahmen des Nachhaltigkeitsbegriffs: Zumindest wurde ein Zusammenhang der drei Ebenen postuliert. Davon ist die Green Economy abgerückt: Soziales wird (meist) außen vor gelassen, die Ökologie soll sich der Ökonomie unterordnen.

Intergenerationelle Fragen, also gute Zukünfte, spielen gar keine Rolle. Im Kern geht es den VerfechterInnen der Green Economy darum zu zeigen, dass sich Umweltschutzmaßnahmen finanziell rentieren. Durch Großinvestitionen wollen sie grüne Technologien vorantreiben und Märkte entwickeln. Indem sie die Natur in Wert setzen und Preise für Ökosystem(dienst)leistungen errechnen, hoffen sie, die Umwelt zu schützen. Damit unterwerfen sie den Umweltschutz aber einer Logik der Wirtschaftlichkeit. Der Begriff erhält zudem seine Prominenz durch die Überakkumulation des Kapitals, die in der Krise deutlich wird. Dieses Kapital sucht verzweifelt nach neuen Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten. Die Gefahr besteht darin, dass nicht nur Investitionen und Finanzflüsse «grün werden». Vielmehr könnte die Green Economy zur Ausweitung kapitalistischer Prinzipien auf den Bereich Natur führen.⁹⁹

Die Green Economy ist also kein Spiel mit lauter GewinnerInnen, sondern birgt jede Menge Konflikte. Sie schließt heute schon viele Menschen aus und sie basiert auf den Macht- und Herrschaftsverhältnissen des dominanten Wirtschaftsparadigmas. Bei genauerer Betrachtung der konkreten Formen einer Green Economy und der sie antreibenden Kräfte und Interessen

⁹⁸ Pichler, Melanie: Nachhaltigkeit, in: Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld 2015, i. E. ⁹⁹ Attac France: La nature n'a pas de prix, Paris 2012, S. 14; Kill, Jutta: Ökonomische Bewertung der Natur. Der Preis für Naturschutz?, Brüssel 2015, unter: www.rosalux.de/publication/41695/oekonomische-bewertung-von-natur-der-preis-fuer-naturschutz.html.

wird deutlich: Das dominante Interesse besteht momentan im Ausbau kapitalistischer Marktstrukturen. Es geht um mehr kapitalistisch getriebenes Wachstum.

Im Kapitalismus wird durchaus auf Probleme wie Umweltzerstörung reagiert. Aber das geschieht weitgehend unter Kontrolle und gemäß den Bedürfnissen der Unternehmen und der Vermögenden. Daher sind eine grundlegend andere Energiebasis und höhere Effizienz von Produktion und Produkten zwar durchaus denkbar – wenn es etwas zu verdienen gibt, sind InvestorInnen schnell zur Stelle. Ob dieser Mechanismus allein jedoch zu grundlegenden Veränderungen führen wird, muss bezweifelt werden.¹⁰⁰

Der Versuch, die Green Economy beim Klimagipfel Rio+20 als neues weltweites Entwicklungsmodell zu etablieren, ist vorerst gescheitert – der Gipfel brachte keine nennenswerten Ergebnisse. Das trifft auch auf die 21. Klimakonferenz in Paris 2015 zu. Dennoch ist das Vorhaben, dem Kapitalismus durch seine «Begrünung» zu mehr gesellschaftlicher Akzeptanz zu verhelfen und ihn so zu stabilisieren, nicht vom Tisch. Zahlreiche Regierungen, Unternehmen, Denkfabriken und Einzelpersonen arbeiten weiter daran, Elemente einer Green Economy zu realisieren. Die aus verschiedenen internationalen Organisationen bestehende Green Economy Coalition¹⁰¹ regt an, dass eine Koalition aus Vorreiterstaaten wie Südkorea, Japan, Dänemark und Deutschland zusammen mit Pionierunternehmen und unterstützt durch die UNO und andere internationale Organisationen eine Green Economy beziehungsweise ein weltweites grünes Wachstum vorantreibt. Abseits der Medienaufmerksamkeit und internationalen Gipfel werden Strategien entwickelt und internationale Institute wie das Global Green Growth Institute gegründet.¹⁰² Statt einen wirklichen Wandel anzustoßen, drohen diese Initiativen die

100 Vgl. Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2011; Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus, in: Atzmüller, Roland et al. (Hrsg.): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster 2013, S. 132–148. **101** In der Green Economy Coalition sind zahlreiche namhafte intergouvernementale Organisationen und NGOs versammelt, u.a. das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die International Labour Organization (ILO), das International Institute for Environment and Development (IIED), die International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN), der World Wide Fund for Nature (WWF), das International Institute for Sustainable Development (IISD) und der Forest Stewardship Council (FSC). **102** Vgl. www.gggi.org.

weitgehend nicht-nachhaltigen wirtschaftlichen Strukturen zu zementieren. Das haben sogar führende deutsche PolitikerInnen festgestellt und gemeinsam mit VertreterInnen von Umwelt- und Entwicklungsverbänden vor der Rio+20-Konferenz einen Appell lanciert, in dem sie statt eines grünen Kapitalismus einen neuen Wachstumsbegriff und einen Wohlstand, der nicht auf Ressourcenverbrauch basiert, forderten. Auch die Mehrheit der progressiven Zivilgesellschaft weltweit sieht eine Green Economy in ihren verschiedenen Facetten skeptisch oder lehnt sie ab.

Die Frage der Green Economy darf nicht auf CO₂-Konzentrationen, Solarstromzuschüsse und Großtechnologien reduziert werden. Es geht um mehr. Es geht darum, wie wir die Verhältnisse der Menschen und der Gesellschaft zur Natur gestalten. Heute geschieht das noch allzu oft auf unsoziale, unsolidarische und naturzerstörerische Art und Weise. Soll sich das grundlegend ändern, müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu einer solidarischen und wirklich nachhaltigen Produktions- und Lebensweise verändert werden.¹⁰³ Es geht um grundlegende Fragen: Wie sehen nachhaltige Städte aus? Nach welchen Kriterien werden Nahrungsmittel produziert und verteilt? Wie wollen wir leben?¹⁰⁴

51

Eine solidarische Produktions- und Lebensweise wird nur möglich sein, wenn in sozial abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen gesellschaftlich sinnvolle Produkte hergestellt werden – und wenn Erwerbsarbeit nicht der einzige Lebensinhalt ist («Leben, um zu arbeiten»). Erwerbsarbeit muss nicht nur Einkommen sichern, sondern auch sinnstiftend sein. Dazu müssen die vielfältigen anderen, nicht bezahlten Tätigkeiten sichtbar gemacht und – wo sinnvoll, wenn etwa weitgehend Frauen unbezahlte Sorge- und Pflegearbeit leisten – gegebenenfalls verändert werden.

Die Debatte um ein «gutes Leben», wie sie derzeit in Lateinamerika geführt wird, bietet hier Anregungen.¹⁰⁵ Auch in Deutsch-

103 Für Ansätze vgl. Brand, Ulrich et al. (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0, Hamburg 2012. **104** Vgl. Grunwald, Armin: Ende einer Illusion, München 2012. **105** Vgl. Fatheuer, Thomas: Buen Vivir – Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2011, sowie Gudynas, Eduardo/Lang, Miriam/Pedersen, Birte: Buen Vivir – Das gute Leben jenseits von Wachstum und Entwicklung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2012, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_buenvivir.pdf.

land werden zunehmend Vorschläge für eine Postwachstums- oder Gemeinwohlökonomie und eine sozialökologische Transformation entwickelt. Im September 2014 fand in Leipzig die 4. Internationale Degrowth-Konferenz mit über 3.000 Teilnehmenden statt.¹⁰⁶ Zahlreiche Veröffentlichungen beschäftigen sich mit Alternativen.¹⁰⁷ Viele Vereine positionieren sich für eine klare Abkehr vom Wachstum,¹⁰⁸ und an der Universität Jena gibt es eine DFG-Forschungsgruppe mit dem Titel «Postwachstumsgesellschaft». Nicht zuletzt haben die Diskussionen über die Bedeutung von Wachstum für Wohlstand und Lebensqualität in einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu einer breiteren Rezeption der Wachstumsfrage und der damit verbundenen Debatte über Alternativen geführt.¹⁰⁹

Neben der Kritik an herrschender Politik und an gesellschaftlichen Entwicklungen ist es notwendig, die vielen bestehenden positiven Ansätze zur Kenntnis zu nehmen und zu stärken (Initiativen und Bewegungen, progressive Unternehmen und mutige wie weitsichtige Politik, kritische Wissenschaft und Publizistik). Breite Bündnisse werden notwendig sein. Es müssen bislang eher bremsende Akteure, wie etwa die Gewerkschaften, überzeugt werden, dass grundlegende sozialökologische Veränderungen durchaus in ihrem Interesse und Werterahmen liegen. «Gutes Leben für alle statt Dolce Vita für wenige», schreibt einer der führenden Denker Lateinamerikas, Alberto Acosta.¹¹⁰ Notwendig sind aber auch starke Begriffe wie Klimagerechtigkeit, Ernährungssouveränität oder eben gutes Leben für alle. Und wir benötigen positive Storys, Imaginationen, Utopien eines besseren Lebens, für die es lohnt, sich einzusetzen.¹¹¹ Wichtig ist «eine Zukunftsperspektive, die eine bessere Lebensqualität verspricht».¹¹²

106 Vgl. www.degrowth.de/. **107** Vgl. z.B. blog-wachstum.de; Schmelzer, Matthias/Passadakakis, Alexis: Postwachstum: Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte, Hamburg 2011; Seidl, Irmil/Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010. **108** Etwa der Verein für Ökologische Ökonomie (voeoe.de) und deren Nachwuchsnetzwerk Wachstumswende (wachstumswende.org). **109** Vgl. <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2013/1212/bundestag/gremien/enquete/wachstum/index.html>. **110** Acosta, Alberto: Buen vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben, München 2014, S. 19. **111** BUKO: Still not loving COPs; Welzer, Harald/Sommer, Bernd: Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München 2014. **112** Descamps, Philippe: Mehr Intelligenz, in: *Le Monde Diplomatique* 7/2015, S. 19.

Dennoch kann dies nur ein Anfang sein. Es gibt also viel zu tun. Nur wenn der kapitalistische Wachstumszwang und die Profitlogik ihre Dominanz verlieren, wenn andere Herrschaftsverhältnisse wie jene zwischen Geschlechtern und Ethnien verändert werden, ist der Weg frei für eine Welt, in der die Menschen ihre eigenen Lebensverhältnisse und ihr Verhältnis zur Natur nach demokratischen, solidarischen und wirklich nachhaltigen Maßstäben gestalten können.

HINWEISE ZUM WEITERLESEN

TEXTE, DIE EINE GREEN ECONOMY PROPAGIEREN:

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Ökologisches Wirtschaften. Green Economy, Berlin 2011, unter: www.bmz.de/de/publikationen/themen/wirtschaft/BMZ_Informationsbroschuere_02_2011.pdf.
- Carius, Alexander/Taenzler, Dennis (Hrsg.): The Rise of the Green Economy. A New Paradigm for the Developing World?, München 2015.
- EU Commission: Europe 2020 – A European Strategy for Smart, Sustainable and Inclusive Growth, Brüssel 2010, unter: ec.europa.eu/research/era/docs/en/investing-in-research-european-commission-europe-2020-2010.pdf.
- EU Commission: Sustainable Industry: Going for Growth & Resource Efficiency, Brüssel 2011, unter: ec.europa.eu/enterprise/policies/sustainablebusiness/files/brochure_sustainable_industry_150711_en.pdf.
- Fücks, Ralf: Intelligent wachsen. Die grüne Revolution, München 2013.
- Heinrich-Böll-Stiftung: Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Die Klima- und die Wirtschaftskrise als transatlantische Herausforderungen, Berlin 2009, unter: www.boell.de/downloads/oekologie/green_new_deal_oeko_band3.pdf.
- Jacob, Klaus/Quitow, Rainer/Bär, Holger: Green Jobs: Beschäftigungswirkungen einer Green Economy, Berlin 2014.
- nef – the new economics foundation: The Great Transition. A Tale of How it Turned Out Right, London 2009, unter: www.neweconomics.org/sites/neweconomics.org/files/Great_Transition_0.pdf.
- Ocampo, José Antonio: La Macro y la Mesoconomía de la Economía Verde, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bogotá 2014.
- OECD: Towards Green Growth: A summary for policy-makers, Paris 2011, unter: www.oecd.org/greengrowth/48012345.pdf.
- Schachtschneider, Ulrich: Ein neuer Gesellschaftsvertrag für den grünen Kapitalismus, in: Le Monde Diplomatique/Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr, Berlin 2015, S. 48–51.

- UNEP: A Global Green New Deal. Policy Brief, Nairobi 2009, unter: www.unep.org/pdf/A_Global_Green_New_Deal_Policy_Brief.pdf.
- UNEP: Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Nairobi 2011, unter: www.unep.org/greeneco-nomy/Portals/88/documents/ger/ger_final_dec_2011/Green%20EconomyReport_Final_Dec2011.pdf.
- UNEP: Using Models for Green Economy Policymaking, Nairobi 2014, unter: www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/GEI%20Highlights/UNEP%20Models%20GE_for%20web.pdf.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011, unter: www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf.

TEXTE, DIE SICH KRITISCH MIT DER GREEN ECONOMY AUSEINANDERSETZEN ODER ALTERNATIVEN ANSTOSSEN WOLLEN:

- Acosta, Alberto: Buen vivir: Vom Recht auf ein gutes Leben, München 2014.
- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München 2010.
- Altvater, Elmar: Mit einem grünen New Deal aus dem Wachstumsdilemma?, in: Widerspruch 60/2011, S. 119–132.
- Bauriedl, Sybille (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte, Bielefeld 2015.
- Brand, Ulrich: Green Economy – the Next Oxymoron? No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development, in: GAIA 1/2012, S. 28–32.
- Brand, Ulrich: Die Illusion vom saubereren Wachstum, in: Le Monde Diplomatique/Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr, Berlin 2015, S. 52–53.
- Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0, Hamburg 2012.
- Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan: Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte Neue Folge 5, Berlin 2013, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte-neu_5.pdf.
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Spangenberg, Joachim/Wolf, Frieder Otto: Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte 99, Berlin 2012, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_99.pdf.
- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO): Nach dem Scheitern der Green Economy. Positionspapier des Arbeitsschwerpunktes Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Hamburg 2012, unter: www.buko.info/buko-projekte/as-ges-naturverhaeltnisse/gesnat-positionen/.
- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO): Still not loving COPs. Positionspapier zum Pariser Klimagipfel, Hamburg 2015, unter: www.buko.info/buko-projekte/as-ges-naturverhaeltnisse/gesnat-positionen/.
- Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Green Economy. Gerechtigkeit oder Begründung des Kapitalismus? (Zeitschrift FrauenRat 5/2011).
- Deutscher Naturschutzring (Hrsg.): Die Grenzen des Wachstums. Die große Transformation. Ein Reader, Berlin 2012, unter:

- <http://wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/dnr-reader.pdf>.
- ETC Group: Who will control the Green Economy. ETC Group Communiqué No. 107, Ottawa 2011, unter: www.etcgroup.org/content/who-will-control-green-economy-0.
 - Fairhead, James/Melissa Leach/Ian Scoones: Green Grabbing: a new appropriation of nature? in: The Journal of Peasant Studies 2/2012, S. 237–261.
 - Fatheuer, Thomas: Neue Ökonomie der Natur. Eine kritische Einführung, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2013, unter: www.boell.de/sites/default/files/neue-oekonomie-d-natur-2.aufl-v01_kommentierbar.pdf.
 - GENANET: Green Economy: Gender_Gerecht! Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft. Positionspapier, Berlin 2012, unter: www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Diskussionspapier_alle.pdf.
 - Gottschlich, Daniela: Nachhaltiges Wirtschaften: Zum Verhältnis von Care und Green Economy, Hintergrundpapier im Rahmen des Projektes «G 3 – Green Economy: Geschlechter_Gerecht», Berlin/Lüneburg 2012, unter: www2.leuphana.de/pona-eu/data/Publicationen/Gottschlich_2012_Nachhaltiges%20Wirtschaften.%20Zum%20Verhaeltnis%20von%20Care%20und%20Green%20Economy_finalx.pdf.
 - Gottschlich, Daniela et al.: Nachhaltiges Wirtschaften im Spannungsfeld von Gender, Care und Green Economy. Debatten – Schnittstellen – blinde Flecken, Berlin/Lüneburg 2014.
 - Hartmann, Kathrin: Aus kontrolliertem Raubbau. Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren, München 2015.
 - Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Commons. Für eine Welt jenseits von Politik und Staat, Bielefeld 2012, unter: www.boell.de/sites/default/files/2012-04-buch-2012-04-buch-commons.pdf.
 - Herman, Christoph: Green new deal and the question of environmental and social justice, Genf 2015, unter: www.global-labour-university.org/fileadmin/GLU_Working_Papers/GLU_WP_No.31.pdf.
 - Institut Solidarische Moderne: Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne, Berlin 2011, unter: www.solidarische-moderne.de.
 - Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München 2011.
 - Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2011,

unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/R21GruenerKapitalismus.pdf.

- Klein, Dieter: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg 2013, unter: www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-Klein-Das-Morgen-tanzt-im-heute.pdf.
- Klein, Naomi: Die Entscheidung. Klima versus Kapitalismus, Frankfurt am Main 2015.
- Littig, Beate: Von Rio 1992 zu «Rio+20». Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion, in: WSI-Mitteilungen 8/2012, S. 581–588.
- Moreno, Camila: Las ropas verdes del rey. La economía verde: una nueva fuente de acumulación primitiva, in: Lang, Miriam et al. (Hrsg.): Alternativas al Capitalismo/Colonialismo del Siglo XXI, Quito 2013, S. 63–97.
- Müller, Michael/Strasser, Johano: Transformation 3.0. Raus aus der Wachstumsfalle, Berlin 2011.
- Muraca, Barbara: Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin 2014.
- Netzer, Nina: Ein weltweiter Green New Deal. Krisenmanagement oder nachhaltiger Paradigmenwechsel?, Berlin 2011.
- Paech, Nico: Befreiung vom Überfluss, München 2012.
- Salleh, Ariel: Rio+20 and the Extractivist Green Economy, in: Arena 119, 2012, S. 28–30.
- Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis: Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte. AttacBasisTexte 36, Hamburg 2011.
- Spash, Clive L.: Green Economy, Red Herring, in: Environmental Values 2/2012, S. 95–99.
- Thie, Hans: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft, Hamburg 2013.
- Unmüßig, Barbara: Grüne Ökonomie – neue Zauberformel? Erwartungen an die Rio+20-Konferenz, in: Vereinte Nationen 1/2012, S. 3–9.
- Welzer, Harald/Sommer, Bernd: Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München 2014.
- Wissen, Markus: Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise, in: Kurswechsel 2/2012, S. 28–36.

Impressum

luxemburg argumente Nr. 3; 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: September 2015

Autor: Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien;

Mitglied der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität»

des Deutschen Bundestages von Januar 2011 bis Juni 2013; Fellow

am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin;

Mitherausgeber der Blätter für deutsche und internationale Politik,

www.univie.ac.at/intpol

Unterstützung bei der Recherche: Jana Flemming, Bettina Köhler und Nina Treu

Redaktion: Steffen Kühne, Tadzio Müller, Stefan Thimmel

Grafik/Layout: AEIOU, www.bureau-aeiou.com;

MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Illustrationen: Susann Stefanizen, www.susannstefanizen.de

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



Christian Jakob

FLÜCHTLINGE WILTKOMMEN - REFUGEES WELCOME?

Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Warum Deutschland für die Abschottung der EU eine besondere Verantwortung trägt und wie eine bessere Flüchtlingspolitik aussehen könnte.

luxemburg argumente Nr. 2.,

April 2015, ISSN 2193-5831

Download unter:

www.rosalux.de/publication/40329



Wolfgang Pomrehn

ARMUTSRISIKO ENERGIEWENDE?

Mythen, Lügen, Argumente

Die Energiewende ist beschlossen und wird gleichzeitig von Schwarz-Gelb torpediert. Was ist dran an den vielen Mythen, Lügen und Argumenten, mit denen die Öffentlichkeit aktuell bearbeitet wird?

luxemburg argumente Nr. 4,

März 2013, ISSN 2193-5831

Download unter:

www.rosalux.de/publication/39097

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

